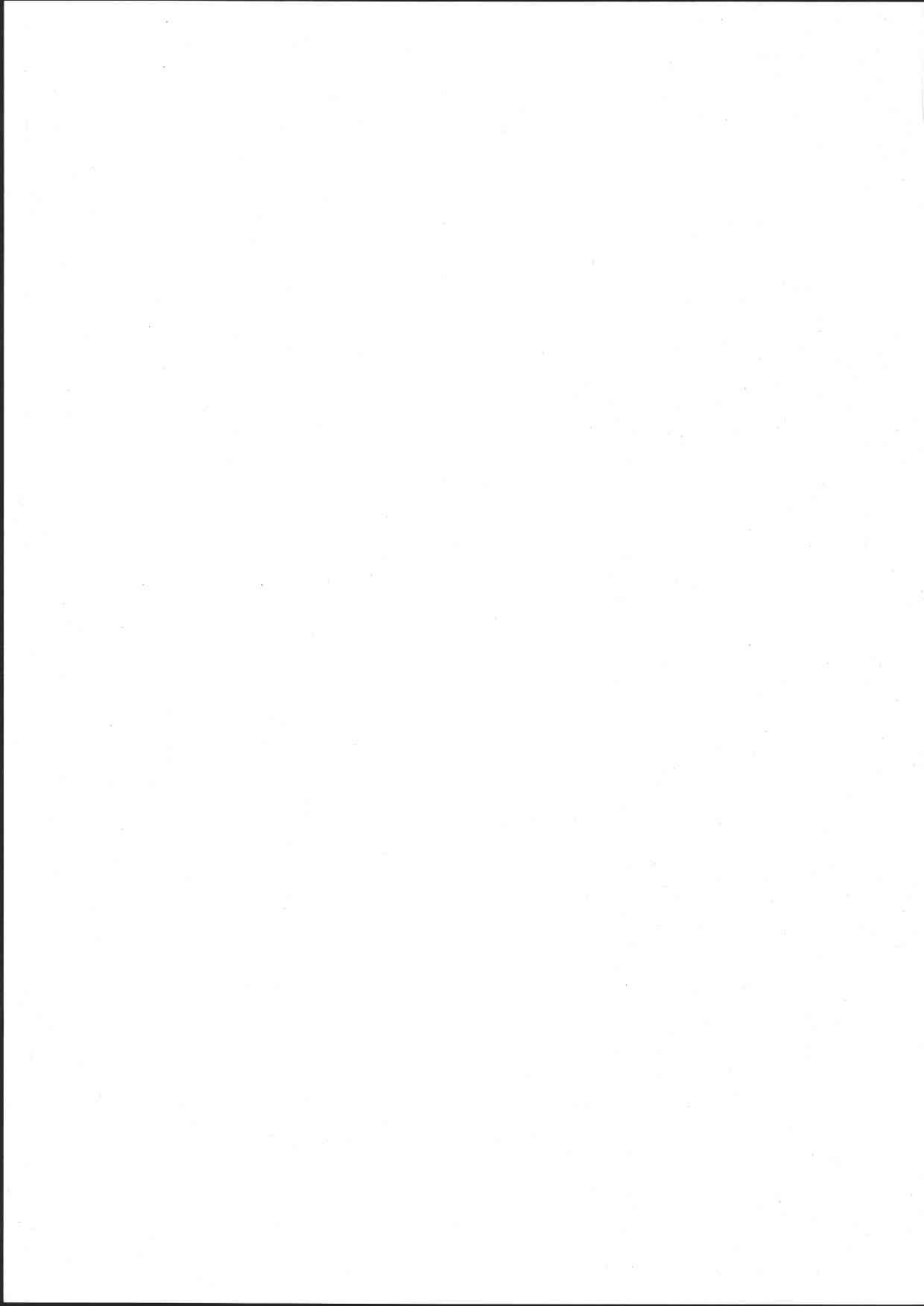


**Auflistung aller Anträge
zum Haushalt 2007
Beratungsergebnis LA am 23.03.2007**

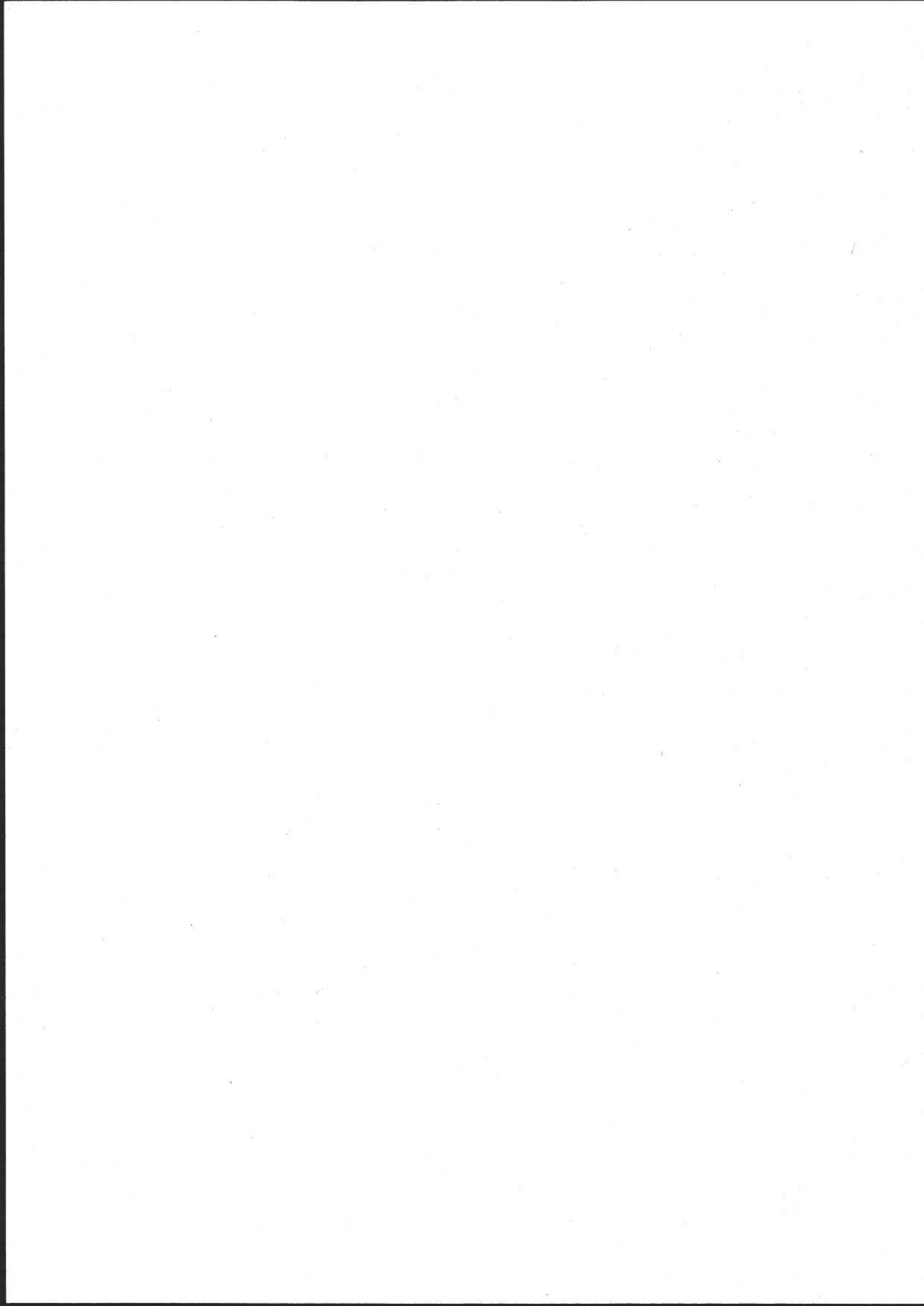
	Antrag-Nr Ausschuss	Fraktion	Betreff Ergebnis	Beratungsergebnis LA am 23.03.2007
1	12/170	CDU	Einsatz von Geothermie im LVR	einstimmig beschlossen
2	12/175/1	CDU	Förderung von Sport für Menschen mit Behinderungen	in haushaltsrechtlicher Sicht: mehrheitlich gegen CDU abgelehnt in fachlicher Sicht: einstimmig an den Soz verwiesen
3	12/177	SPD Grüne FDP	Anreize für Verbundkooperation	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
4	12/178	SPD Grüne FDP	Verstetigung der Angebote für psychisch kranke Menschen mit Migrationshintergrund	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
5	12/179	SPD Grüne FDP	Akzeptanz der künstlerischen Arbeiten von Menschen mit psychischer oder geistiger Behinderung fördern	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
6	12/182	SPD Grüne FDP	Elternschaft von Menschen mit Behinderung	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
7	12/183	SPD Grüne FDP	Wahrnehmung der LVR-Museen und weiteren Kultureinrichtungen verbessern	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
8	12/184	SPD Grüne FDP	Digitalisierung der Glasplattenbestände	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
9	12/185	SPD Grüne FDP	Weiterentwicklung der Leistungsstrukturen zur Förderung von Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
10	12/186	SPD Grüne FDP	Institut für Konsulentenarbeit "Kompass" für freie Träger öffnen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
11	12/187	SPD Grüne FDP	Zukunft gestalten - wohnortnahe Hilfen für ältere Menschen mit Behinderung	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
12	12/188	SPD Grüne FDP	RIM Ratingen - Instandsetzung der zweiten Herrenhaushälfte	mehrheitlich gegen CDU beschlossen



	Antrag-Nr Ausschuss	Fraktion	Betreff Ergebnis	Beratungsergebnis LA am 23.03.2007
13	12/189	SPD Grüne FDP	Digitales Kulturlandschafts- kataster (KuLaDig) schneller voranbringen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
14	12/190	SPD Grüne FDP	Archivpflege intensivieren	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
15	12/191	SPD Grüne FDP	Neueröffnung des Regionalmuseums Xanten	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
16	12/192	SPD Grüne FDP	Inventarisierungsrückstand beim Rheinischen LandesMuseum abbauen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
17	12/193	SPD Grüne FDP	Außenflächen ökologisch gestalten	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
18	12/194	SPD Grüne FDP	Netzwerk Umwelt bilden - Umweltschutz stärken	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
19	12/196	SPD Grüne FDP	CO2-Ausstoß senken - Liegenschaften umweltfreundlich bewirtschaften	Ergänzung im Beschlussvorschlag: ... dabei werden Geothermie- Solar- und Brauchwasseranlagen, Passivhaus- standard sowie Gründächer ... mehrheitlich gegen CDU beschlossen
20	12/197/1	SPD Grüne FDP	Nachhaltigkeit im Vergabewesen stärken	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
21	12/198	SPD Grüne FDP	Therapeutenschlüssel in den Rheinischen Schulen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
22	12/199	SPD Grüne FDP	Öffnung von Sonderkindergärten für Kinder ohne Behinderung	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
23	12/200/1	SPD Grüne FDP	Naturparks	zurückgezogen
24	12/201	SPD Grüne FDP	Gender Mainstreaming umsetzen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
25	12/202	SPD Grüne FDP	Politisches Controlling aufbauen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen



	Antrag-Nr Ausschuss	Fraktion	Betreff Ergebnis	Beratungsergebnis LA am 23.03.2007
26	12/204	SPD Grüne FDP	Öffentlichkeitsarbeit des Landes- jugendamtes - Dienstleistungen für Kindertageseinrichtungen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
27	12/205	SPD Grüne FDP	Bildung von Kennzahlen in der Produktgruppe 55	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
28	12/206	SPD Grüne FDP	Interkulturelle Kompetenz stärken - Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund integrieren	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
29	12/207	SPD Grüne FDP	Verantwortung für junge Menschen wahrnehmen - Ausbildung und Qualifizierung fördern u. verstetigen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
30	12/208	SPD Grüne FDP	Leistungen und Profil des LVR in Öffentlichkeit und Medien gut und verlässlich darstellen	mehrheitlich gegen CDU beschlossen
31	12/209	CDU	CO2-Reduzierung	mehrheitlich gegen CDU abgelehnt
32	12/212	CDU	Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Beschaffungswesens beim LVR	mehrheitlich gegen CDU abgelehnt
33	12/180	SPD Grüne FDP	Umlagesatz	einstimmig beschlossen
34	12/214	SPD Grüne FDP	Ressourcensteuerung	mehrheitlich gegen CDU beschlossen



1



CDU FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Eing. 14. Feb. 2007
- 06 -

Vors an LA, ER, LRV
Fraktion
Vors LA

Antrag-Nr. 12/170

öffentlich

Datum: 13.02.2007
Antragsteller: CDU

Umweltausschuss	08.03.2007	Beratung
Bauausschuss	13.03.2007	Beratung
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsentwurf 2007 -
Einsatz von Geothermie im LVR

Beschlussvorschlag:

Produkt 014.01 - Bereitstellung, Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz von Geothermie sowohl bei anstehenden Neubauten als auch bei Gebäudesanierung zu forcieren. Es wird gebeten zu prüfen, ob und inwieweit die geothermischen Voraussetzungen vor Ort gegeben sind. Die Verwaltung wird weiterhin gebeten zu prüfen, inwieweit Haushaltsmittel für die Durchführung erforderlicher Probebohrungen einzusetzen sind. Das Ergebnis ist ~~im Rahmen der jetzigen~~ ^{*)} Haushaltsberatungen zeitnah vorzulegen.

Begründung:

Die zunehmenden Unsicherheiten und Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit den importierten fossilen Primärenergieträgern Öl und Gas (Lieferunsicherheit und Preissteigerungen usw.) und nicht zuletzt auch im Interesse des Klimaschutzes gewinnen neuartige Technologien zur Deckung des Energiebedarfs (im Einzelfall auch Bedarf an Kühlung) der Gebäude immer mehr an Bedeutung. Hierzu zählt auch die Wärmepumpentechnik, mit deren Hilfe die Geothermie (Erdwärme) nutzbar gemacht werden kann. Die unterhalb der Erdoberfläche in Form von wärme gespeicherter Energie (oberflächennahe Geothermie) hat viele Vorteile:

- sie steht unabhängig von Klima, Jahres- und Tageszeit zur Verfügung;
- sie ist nach menschlichem Ermessen unerschöpflich;
- sie liefert Wärme und Kälte; *mit wenig*
- sie ermöglicht eine Nutzung ~~ohne~~ Umweltbelastungen (Emissionen). ^{*)}

Der Wirkungsgrad gut konzipierter Wärmepumpenanlagen ist heute schon so hoch, dass sie in vielen Fällen auch wirtschaftlich geworden sind. Die Bedeutung der Wärmepumpentechnik ist im Ausland bereits vielerorts erkannt worden. So liegt in Schweden der aktuelle Marktanteil über 90 %, in der Schweiz werden über 40 % der Neubauten mit dieser Technik schon ausgestattet. Die

*) Beschluss LA am 23.03.2007

Wärmepumpentechnik mit Erdsonden bis 100 m Tiefe ist ausgereift. Mit Hilfe des geologischen Dienstes NW kann die thermische Ergiebigkeit an jedem Gebäudestandort im Rheinland im Vorfeld geprüft werden. Zeigt sich der Standort anhand der Karte als geeignet, so müssen anschließend die konkreten geothermischen Gegebenheiten vor Ort untermauert werden, bevor eine Entscheidung zum Einsatz dieser innovativen Technik im Rahmen der weiteren Planungen getroffen werden kann. Dies kann nur mittels Probebohrungen mit anschließender Messreihe erfolgen.



Unterschrift:

Frank Boss

Eing. 14. März 2007
-06- R

Von der LD, ELN
Fraktion
Vors LVR



CDU FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Ergänzungsantrag-Nr. 12/175/1

öffentlich

Datum: 23.02.2007
Antragsteller: CDU

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Förderung von Sport für Menschen mit Behinderungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, als Grundlage für eine finanzielle Förderung ein Konzept für die Förderung sportlicher Aktivitäten der Menschen mit Behinderungen im HPH-Netz zu erarbeiten. Dabei sind sowohl die interne Förderung sportlicher Aktivitäten als auch der Besuch von sowie die Teilnahme an externen Veranstaltungen einzubeziehen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt grundsätzlich zu prüfen, ob und wie der LVR als Kostenträger der Eingliederungshilfe einen Sporttag unter Einbeziehung von Wohnrichtungen und WfbM durchführen könnte, um den Stellenwert des Sports für die Integration behinderter Menschen im Rheinland zu verdeutlichen und zu befördern.

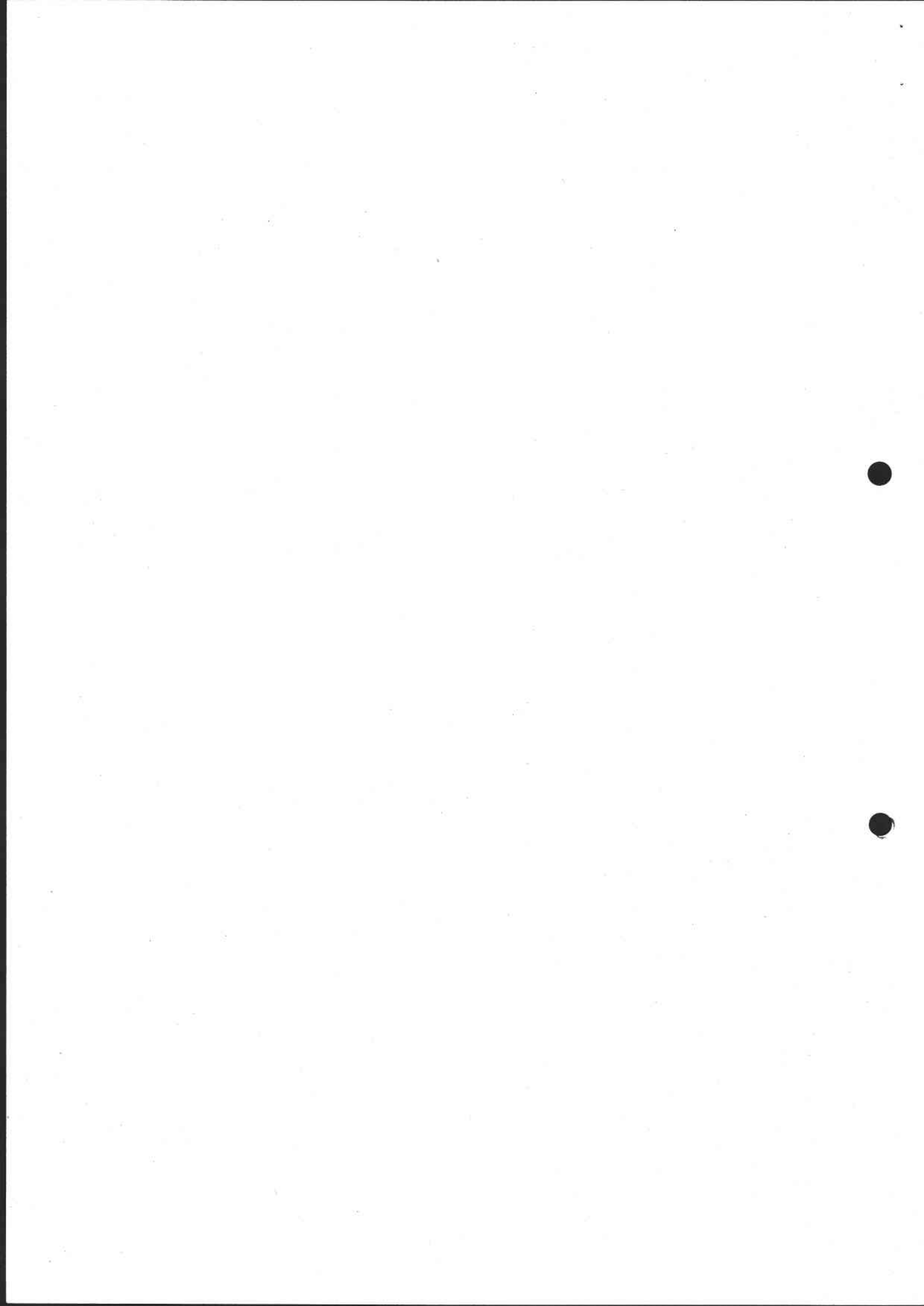
Begründung:

Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 06.03.2007 entschieden, dass diese Thematik in die Haushaltsberatungen mit einfließen soll.

Die Integration von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft ist ein wesentlicher Auftrag an das HPH-Netz. Sie kann über sportliche Aktivitäten unterstützt und gefördert werden. Die Fußballweltmeisterschaft der Menschen mit Behinderungen im Jahr 2006 hat dies auf erfreuliche Weise deutlich gemacht.

Die Verwaltung wird daher gebeten, die bestehenden sportlichen Angebote des HPH-Netzes darzustellen. Ergänzend dazu wird die Verwaltung um ein Konzept gebeten, wie durch den Besuch von Veranstaltungen oder die Ausrichtung von Wettbewerben weitere Angebote geschaffen werden können, um Menschen mit Behinderungen ein Leben mit Sport über das bisherige Maß hinaus zu ermöglichen.

Unterschrift:





Eing 05. März 2007
- 06 -

Antrag-Nr. 12/177

öffentlich

Vorab an LD, Euz, Lini 8
Fraktion
Van L Van

Datum: 02.03.2007
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Gesundheitsausschuss	05.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Anreize für Verbundkooperation

Beschlussvorschlag:

Um in mindestens drei Modellregionen gemeindenahe Kooperationen und Verbände zu schaffen (siehe Antrag 12/158), ist eine Anreizfinanzierung notwendig. Deshalb werden die notwendigen Mittel im Produkt 062.01 Förderung und Unterstützung der Versorgung psychisch Kranker und Suchtkranker im Rheinland zur Verfügung gestellt. Es ist von einem Ressourcenbedarf von 189.000 Euro auszugehen. Eine aussagekräftige Kennzahl ist zu bilden.

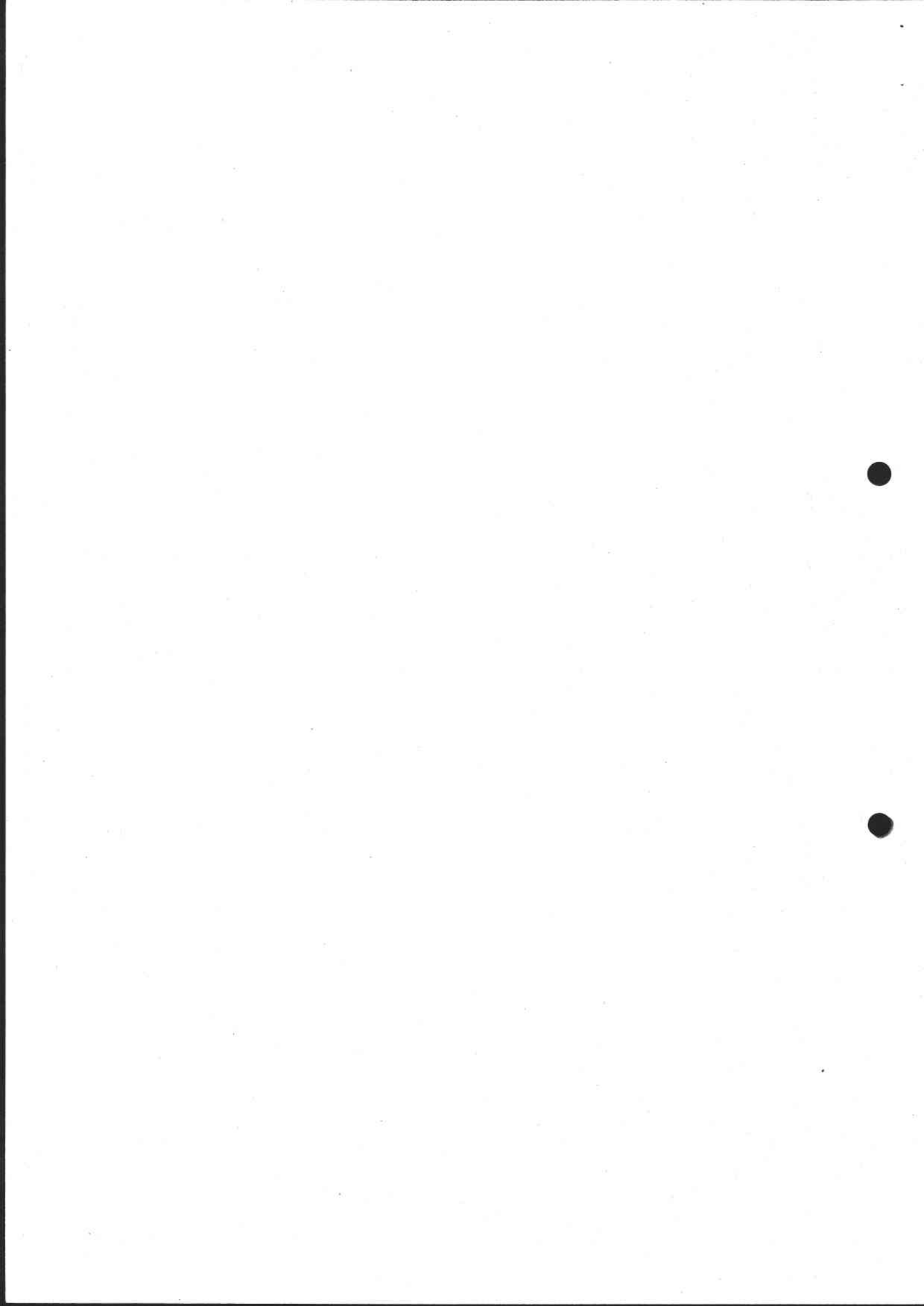
Begründung:

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler



FDP

Die Liberalen

SPD

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Eing. 05. März 2007
-06- R

Antrag-Nr. 12/178

öffentlich

Vorab an CO, EM, U'ia 8
Fraktion
Vors Liben

Datum: 02.03.2007
Antragsteller: FDP, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Gesundheitsausschuss	05.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Verstetigung der Angebote für psychisch kranke Menschen mit Migrationshintergrund**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderung der Angebote für Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund der Rheinischen Kliniken sowie kooperierender Einrichtungen, die bisher im Rahmen der Anschubfinanzierung erfolgt, zu verstetigen und ggf. bedarfsgerecht auszuweiten. Dabei soll das unterschiedliche Profil der einzelnen Angebote berücksichtigt werden. Ein möglicher Mehrbedarf an Ressourcen ist durch die Verwaltung zu ermitteln und ggf. im Rahmen der Gesamtdeckung bereitzustellen.

Begründung:

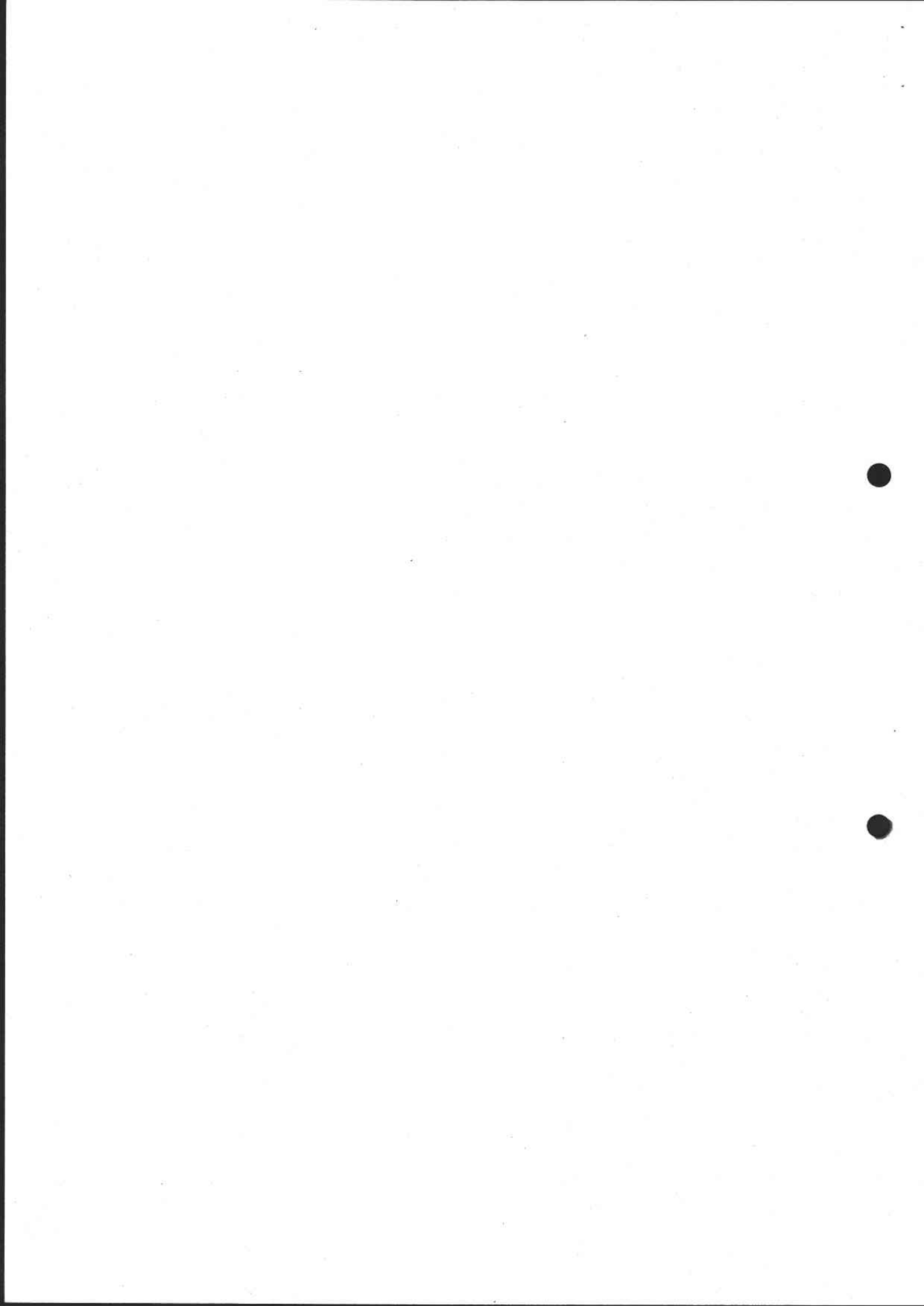
Die Erfahrungsberichte der Integrationsbeauftragten zeigen, dass die bisherige Anschubfinanzierung sich hervorragend bewährt hat und deren Verstetigung dazu beitragen kann, das Profil der einzelnen Kliniken und Einrichtungen zu schärfen und die Qualität der psychiatrischen Versorgung im Rheinland weiter voranzubringen.

Unterschriften:

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch

Ulrike Kessing





5

Antrag-Nr. 12/179

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Gesundheitsausschuss	05.03.2007	empfehlender Beschluss
Sozialausschuss	06.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Ausschuss für das Heilpädagogische Netzwerk	09.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Haushalt: Akzeptanz der künstlerischen Arbeiten von Menschen mit psychischer oder geistiger Behinderung fördern

Beschlussvorschlag:

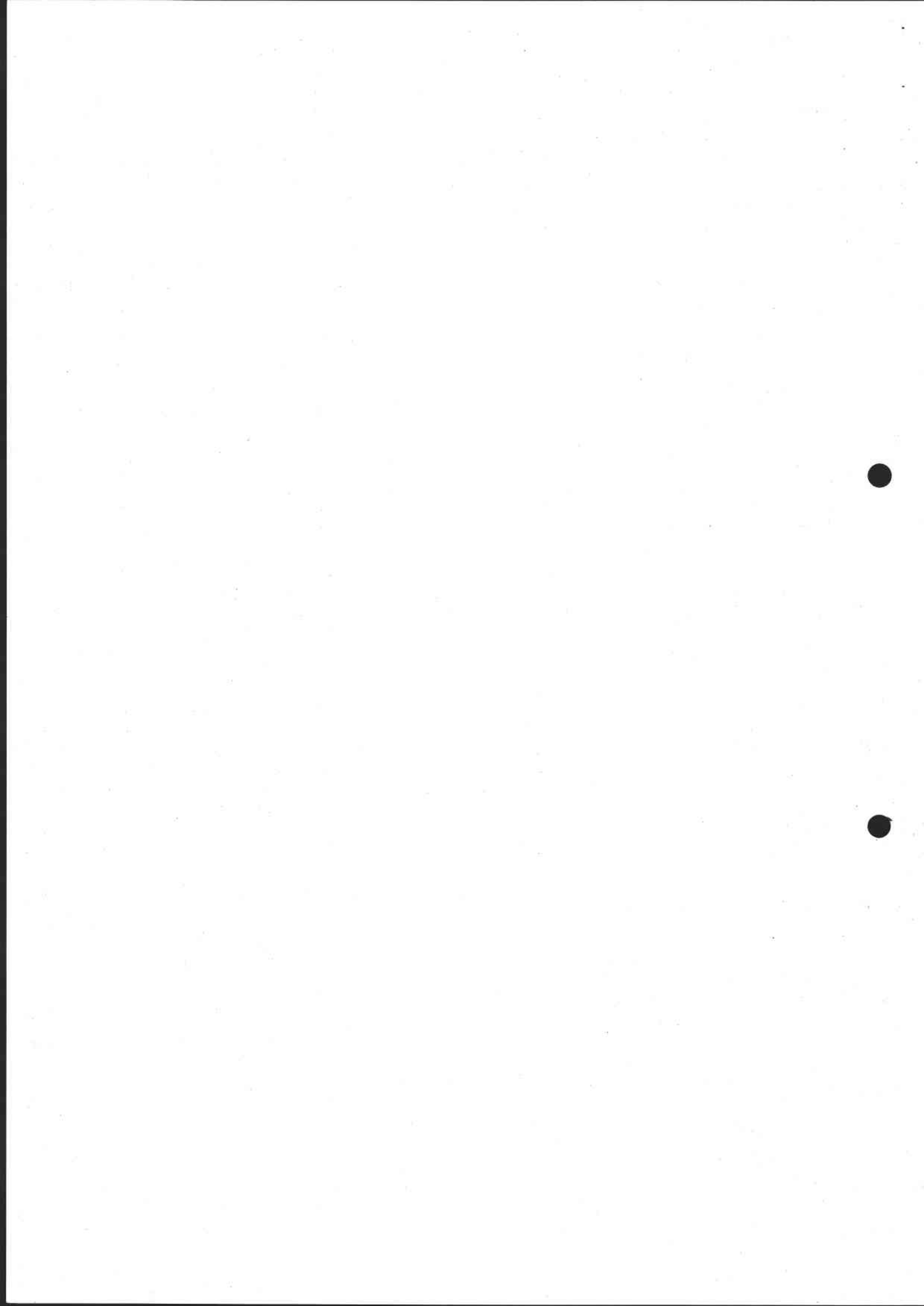
Der Landschaftsverband Rheinland führt eine professionell gestaltete Wanderausstellung mit künstlerischen Arbeiten von Menschen mit psychischer oder geistiger Behinderung durch, die in Einrichtungen des LVR oder vergleichbare Einrichtungen freier Träger leben oder behandelt werden. Hierfür ist von einem Ressourcenbedarf von 50.000 Euro auszugehen.

Begründung:

Bereits in den Jahren 1985 und 1999 hat der Landschaftsverband Kunstwerke ausgestellt, die von Menschen mit Behinderung geschaffen wurden. Die Resonanz auf diese Ausstellungen war sehr hoch und trug dazu bei, das kreative Potential dieser Bevölkerungsgruppe verstärkt wahrzunehmen.

Um die Akzeptanz von Künstlerinnen und Künstlern mit psychischer oder geistiger Behinderung weiter zu fördern, bietet sich erneut eine Wanderausstellung an.

Unterschriften:



6



FDP

Die Liberalen

Eing: 05. März 2007
- 06 - R

Antrag-Nr. 12/182

öffentlich

Vors am LG, Ein, LR 4
Fraktion
Vors Liber

Datum:
Antragsteller:

05.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Sozialausschuss	06.03.2007	empfehlender Beschluss
Landesjugendhilfeausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Elternschaft von Menschen mit Behinderung

Beschlussvorschlag:

A. Die Verwaltung wird beauftragt, im Laufe des Jahres eine Fachtagung zu der Thematik „Elternschaft von Menschen mit Behinderung“ zu konzipieren und durchzuführen.

Hierbei sollten unter anderem folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie stellt sich die Lebenssituation dieser Eltern und ihrer Kinder in der Bundesrepublik, in NRW und im Rheinland dar auch unter dem Aspekt der psychosozialen Situation?
2. Wie häufig ist Elternschaft von Menschen mit geistiger, physischer oder psychischer Behinderung im Rheinland bekannt?
3. Welche gesetzlichen Grundlagen zur Unterstützung von Elternschaft, zum Assistenzbedarf und zur Hilfe zur Erziehung bestehen?
4. Wie sieht der unterschiedliche Hilfebedarf für Eltern und Kinder aus?
5. Welche Unterstützungsangebote für Eltern und Kinder gibt es in der Bundesrepublik, in NRW und im Rheinland?
6. Welchen Handlungsbedarf sieht die Verwaltung auf der institutionellen und professionellen Ebene?

B. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Sozialausschuss und dem Jugendhilfeausschuss im Laufe des Jahres ein Konzept zur ambulanten Unterstützung von Elternschaft bei Menschen mit geistiger, physischer oder psychischer Behinderung, modellhaft mit einzelnen interessierten Kommunen, vorzulegen.

Begründung:

Mit dem Versorgungsgrundsatz „ambulant vor stationär“ setzt der Landschaftsverband Rheinland Meilensteine in der Integration von behinderten Menschen und der Normalisierung ihrer Lebensverhältnisse.

Viel selbstverständlicher als früher leben behinderte Menschen eigenständig und gehen Partnerschaften ein, und einige von ihnen wünschen sich auch Kinder. Die Frage der Elternschaft wird in der Fachöffentlichkeit häufig als Indikator für die fortschreitende

Emanzipation geistig behinderter Menschen gewertet.

Mit dem Ausbau ambulanter Leistungen kann man davon ausgehen, dass gelebte Elternschaft auch geistig behinderter Menschen selbstverständlicher wird und immer mehr behinderte Frauen ihren Kinderwunsch auch gegen die Bedenken und Widerstände ihres Umfeldes durchsetzen. Elternschaft - vor allem mit Blick auf die vielfältigen Aspekte des Kindeswohles – stellt erhöhte Maßstäbe und Erwartungen an die Selbständigkeit und Verantwortung des behinderten Menschen bzw. an sein ambulantes Unterstützungssystem.

Geschaffen werden soll ein wohnortnahes und bedarfsgerechtes Angebot. Wichtig sind hier im Sinne begleitender Elternschaft der Ausbau verlässlicher und belastbarer ambulanter Hilfsstrukturen bzw. Hilfearrangements, gerade mit Blick auf den Ausbau ambulanter Hilfen.

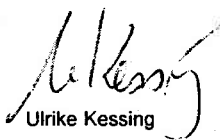
Ziel dabei soll der Aufbau eines kooperativen Angebotes sein, das „Betreutes Wohnen und Sozialpädagogische Familienhilfe“ als spezialisiertes Angebot speziell für begleitete Elternschaft beinhaltet. Der Landschaftsverband soll hier federführend kommunale Kooperationsverträge zwischen den Leistungserbringern (hier: Ambulant Betreutes Wohnen und Sozialpädagogische Familienhilfe) und den Kostenträgern entwickeln. Die Einführung einer Komplexleistung als pauschalierte Kombifinanzierung ist dabei zu prüfen. Der Kooperationsvertrag dient sowohl der konstruktiven Zusammenarbeit von Kostenträgern und Leistungsbringern als auch den Betroffenen als Vorläufer einer integrierten Lösung. Zuständigkeitskonflikte werden somit verhindert.

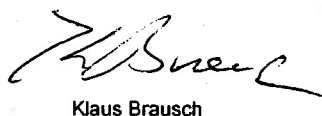
Im Rahmen eines zu entwickelnden Hilfeplanverfahrens § 36 SGB VII soll speziell der Hilfebedarf entlang der Bedürfnisse und Bedarfe der Eltern und Kinder in ihren jeweiligen Lebenssituationen überprüft und festgestellt werden. Im Rahmen einer „Elternassistenz“ sollen individuelle Unterstützungshandlungen entwickelt und gefördert werden, die die Eltern mit Behinderung benötigen, um die elterliche Sorge oder – im Falle Nicht- Sorgeberechtigung – den Umgang mit dem Kind/den Kindern möglichst umfassend und selbstbestimmt ausüben zu können. Je nach Lebenslage, familiärer Situation und Art und Schwere der Behinderung können sich die benötigten Hilfen in Bezug auf Inhalt, Umfang, Zeitpunkt und Zeitraum unterscheiden.

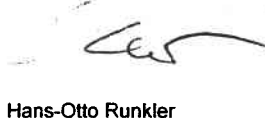
Lebensbereiche mit möglichen Hilfs- und Unterstützungsangeboten sind:

- Elternschaft als Lebensthema: Eltern werden, Schwangerschaft
- Geburt, Krankenhaus, Säuglingszeit
- Kinder: Gesundheit, Entwicklung, Erziehung
- Elternschaft, Familie, Trennungsbegleitung
- Alltag, Arbeit

Unterschriften:


Ulrike Kessing


Klaus Brausch


Hans-Otto Runkler



7

Antrag-Nr. 12/183

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

05.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Wahrnehmung der LVR-Museen und weiteren Kultureinrichtungen verbessern**

Beschlussvorschlag:

Um die Wahrnehmung der Museen und weiteren Kultureinrichtungen des LVR zu steigern, sind Marketing und Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Hierbei sind unter anderem die Printmedien und Internetauftritte zu optimieren sowie eine Wanderausstellung, in der die Vielfalt unserer Museen und weiterer Kultureinrichtungen zum Ausdruck kommt, durchzuführen.

Ein entsprechendes Konzept ist vorzulegen. Es ist von einem Ressourcenbedarf von 50.000 Euro auszugehen.

Begründung:

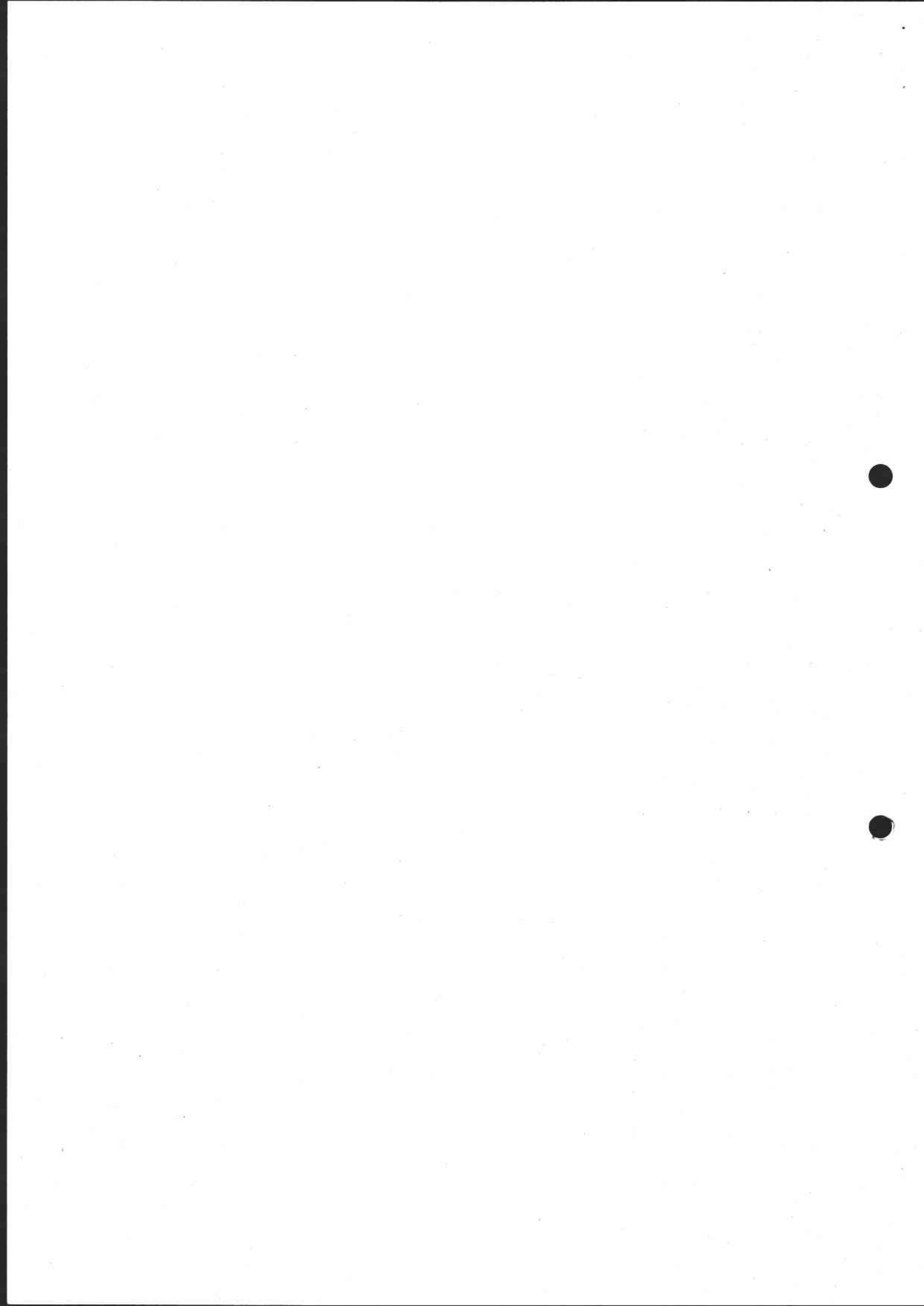
Erfolgt mündlich.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch





Antrag-Nr. 12/184

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Digitalisierung der Glasplattenbestände**

Beschlussvorschlag:

Für die Sanierung und Digitalisierung von Foto-Glasplattenbeständen werden in 2007 bis zu 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Begründung:

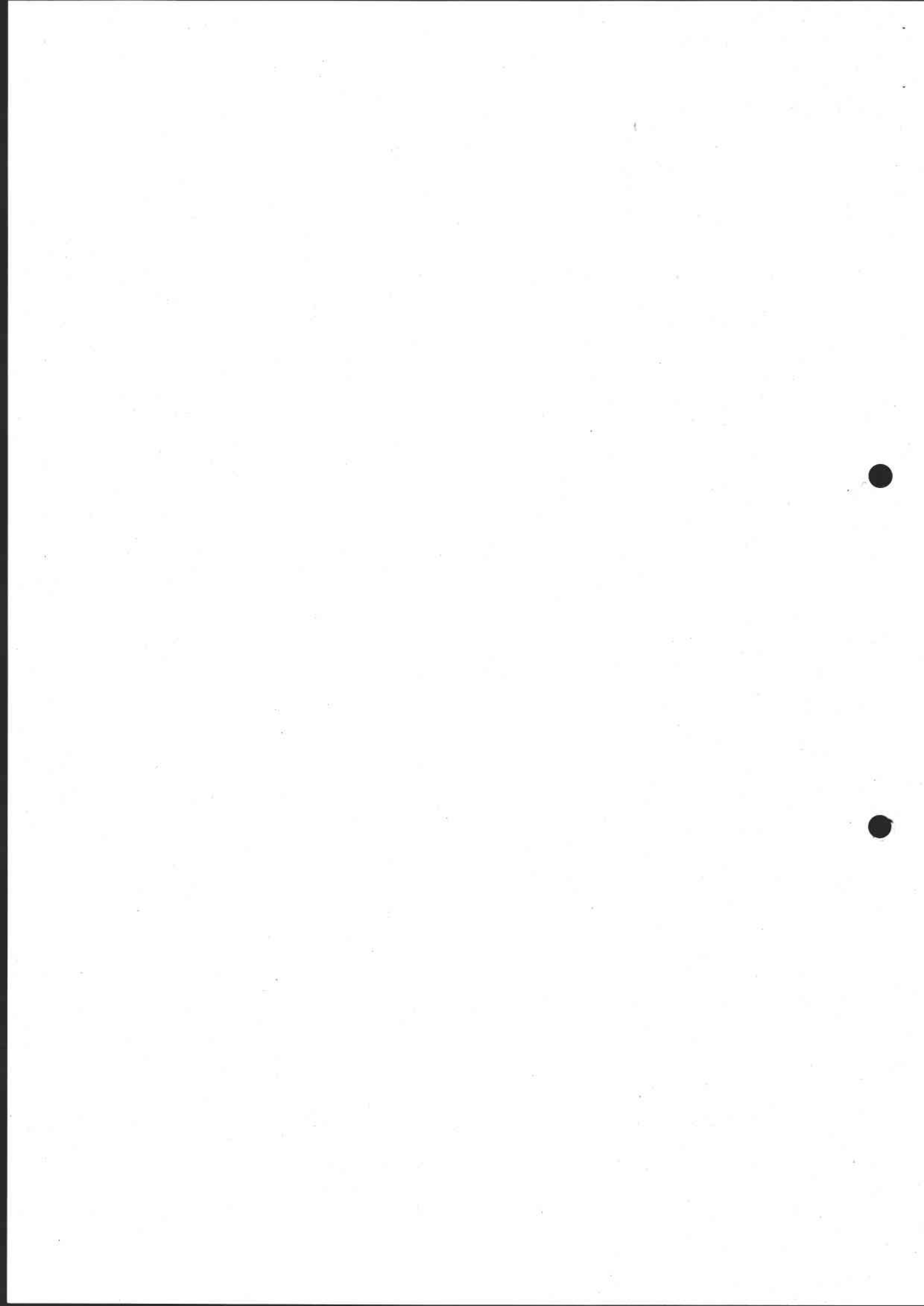
Die Finanzierung dieses Projektes konnte nicht wie ursprünglich geplant durch die Sozial- und Kulturstiftung erfolgen. Die fehlenden Mittel müssen deshalb über den Haushalt bereitgestellt werden.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

9

Eing. 05. März 2007
-06- A

Antrag-Nr. 12/185

öffentlich

Vorab an LA, EUL

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: Fraktion Vor LVA SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Sozialausschuss	06.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Weiterentwicklung der Leistungsstrukturen zur Förderung von Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

Beschlussvorschlag:

Die Förderung von Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist für den Landschaftsverband Rheinland ein vorrangiges fachliches und konzeptionelles Ziel. Aus finanzieller Sicht geht es dabei nach wie vor darum, dass trotz der zu erwartenden steigenden Anzahl von behinderten Personen mit Unterstützungsbedarf der Kostenanstieg insgesamt gebremst werden kann, indem die „durchschnittlichen Kosten pro Fall“ in der Eingliederungshilfe gesenkt werden.

Hierzu sollen die mit dem Haushaltsentwurf 2007 vorgestellten Ziele weiterentwickelt und konkretisiert werden.

Dabei geht es insbesondere darum, Autonomie und Normalität in den persönlichen und finanziellen Belangen der Menschen mit Behinderung zu fördern und zu stärken. Es ist erforderlich, Angebote niedrigschwellig zu gestalten und die Übergänge zwischen stationär und ambulant weiter zu flexibilisieren. Die Angebote in den Bereichen Tagesstruktur, Beschäftigung und Arbeit sollen weiterentwickelt und ebenfalls flexibilisiert werden. Für älter werdende Menschen mit Behinderungen müssen bedarfsgerechte Angebote aufgebaut werden.

Im Einzelnen:

Zu Produkt 017.04 „Leistungen zur Beschäftigung“

Unter der Zielbeschreibung ist der letzte Satz durch nachfolgende Formulierung zu ersetzen:

„Die Angleichung der durchschnittlichen Entgelte an die des LWL ist ein vorrangiges Ziel. Die Transparenz der wirtschaftlichen Ergebnisse der Werkstätten für behinderte Menschen soll verbessert werden.“

Zu Produkt 017.05 „Leistungen zur Tagesstrukturierung für Menschen mit Behinderung, die in der eigenen Wohnung leben“ und zu Produkt 017.08 „Leistungen zum stationären Wohnen“

soll folgende Ergänzung des Ziels vorgenommen werden:

„Die Leistungen zur Tagesstruktur und zur Beschäftigung sollen vernetzt und weiter entwickelt werden. Ziel ist dabei, diese Leistungsbereiche unabhängig von der jeweiligen Wohnform eines Menschen mit Behinderung zu gestalten und anzubieten.“

Die Verwaltung soll ein Konzept vorlegen, das folgende Aspekte berücksichtigt:

- Weiterentwicklung und Stärkung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) und der KoKoBe im Hinblick auf tagesstrukturelle Angebote sowohl für Heimbewohner und Heimbewohnerinnen sowie für Menschen mit Behinderung, die selbstständig leben.
- Weiterentwicklung und Flexibilisierung der bisher unter Leistungstyp 23 und 24 im Landesrahmenvertrag beschriebenen Angebote.
- Überprüfung des Systems der Tagesstätten für psychisch kranke Menschen (Leistungstyp 22) im Hinblick auf eine Weiterentwicklung und Flexibilisierung.
- Einbeziehung der Werkstätten für behinderte Menschen
- Ermöglichung von Zuverdienst- und Teilzeitangeboten sowie von Angeboten zu flexiblen Zeiten
- Vernetzung aller Angebote zur Tagesstruktur und Beschäftigung.

Im Produkt Nr. 017.07 „Ambulante Leistungen zum selbstständigen Wohnen“ sollen folgende Ziele ergänzt werden:

1. „Verbesserung der Qualität der Hilfen in den Lebensbereichen Partnerschaft und Sexualität. Durchführung einer Befragung und einer begleitenden Fachtagung.“

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob behinderte Menschen, für die der LVR im Rahmen des Betreuten Wohnens Verantwortung trägt, in ausreichendem Maße Unterstützung erfahren im Lebensbereich Sexualität, zu Themen wie Kinderwunsch und Empfängnisverhütung.

Um dies zu ermitteln, bieten sich z. B. Befragungen der Anbieter des Betreuten Wohnens und der Fallmanagerinnen/Fallmanager des LVR an.

Es sollen zudem die Nutzerinnen und die Nutzer des Betreuten Wohnens selbst Gehör finden. Hierbei sollte unterstützend das mit der Begleitforschung zum Betreuten Wohnen beauftragte ZPE der Universität Siegen oder ein vergleichbares Beratungsunternehmen hinzugezogen werden.

Dabei sind behinderungsspezifische Aspekte zu beachten. Für zusätzliche Qualifizierung der Beratungskräfte ist die Einbeziehung von thematisch spezialisierten Fachkräften zu erwähnen.

Auch sollten Vergleiche angestellt werden, wie in Ländern, die längere Erfahrungen mit dem Betreuten Wohnen behinderter Menschen haben, mit diesen Themen umgegangen wird.

Begleitend ist die Durchführung einer Fachtagung in Betracht zu ziehen, in der u. a. Expertinnen und Experten in eigener Sache, Beratungskräfte sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu Wort kommen sollen. Auch könnten positive Beispiele partnerschaftlichen Zusammenlebens vorgestellt werden.

2. „Entwicklung von Konzepten zur bedarfsgerechten Unterstützung von behinderten Eltern bei Betreuung und Erziehung ihrer Kinder; im ersten Schritt Durchführung einer Fachtagung“

(Siehe hierzu gesonderten Antrag 12/182)

3. „Aufbau eines Angebotes zum selbstständigen Wohnen in Gastfamilien (Familienpflege) für alle Zielgruppen des ambulant Betreuten Wohnens“

Hierzu wird ein neues Teilprodukt Nr. 017.07.005 „Selbstständiges Wohnen in Gastfamilien“ eingerichtet.

Das Angebot „Familienpflege“ wurde erfolgreich und modellhaft von den Rhein. Kliniken erprobt. Fachlich ist dieses Angebot eine sinnvolle Ergänzung zu den anderen ambulanten Angeboten als Alternative zum stationären Aufenthalt. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie dieses Angebot für alle Zielgruppen des ambulanten Betreuten Wohnens als Regelfinanzierung erbracht werden und damit auch die bestehende Modellförderung abgelöst werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll auch ein Vorschlag erarbeitet werden, auf welche Weise die Finanzierung der nicht personenbezogenen Leistungen zur qualifizierten Gewinnung und Begleitung von Gastfamilien, ggf. über eine institutionelle Förderung, erfolgen kann und wie die Qualität der Leistungen gesichert werden kann.

Auf den bisherigen Erfahrungen der Modellprojekte der Rhein. Kliniken soll dabei aufgebaut werden.

4. „Neue Wege zur Sicherstellung eines niedrigschwelligen Angebotes für psychisch behinderte Menschen mit geringem Hilfebedarf sollen über ein Modellprojekt mit einigen SPZ erprobt werden“

Hierzu sollen SPZ, die bereits in den Modellregionen der Aktion psychisch Kranker (APK) den Einsatz des Individuellen Hilfeplans (IHP) erprobt haben, im Rahmen eines Modellprojektes personell verstärkt werden. Im Gegenzug verpflichten sich diese SPZ, psychisch behinderten Menschen mit geringem Hilfebedarf im Sinne einer Pflichtversorgung für den Sektor des SPZ ein Angebot zu machen.

Der personenzentrierte Ansatz über IHP und Hilfeplankonferenz soll dabei weiterhin Basis der individuellen Hilfsbedarfsermittlung bleiben. Die personelle Aufstockung soll pauschaliert in dem Umfang erfolgen, die andererseits dadurch zu einem Stichtag Fachleistungsstunden kompensiert werden können. Das Modell soll bis Ende 2010 befristet werden. Prozessbegleitung und Evaluation könnten wiederum über die Aktion psychisch Kranker erfolgen. Die Dezernate 7 und 8 sollen gemeinsam einen begleitenden Beirat bilden.

Entsprechend sollen Finanzmittel aus dem Teilprodukt 017.07.01 „Individuelle Leistungen“ in das Teilprodukt 017.07.004, welches umbenannt wird in „Modellförderungen“, verlagert werden.

Die Produktziele des Produktes 017.07 „Ambulante Leistungen zum selbstständigen Wohnen und des Produktes 017.08 „Leistungen zum stationären Wohnen“ werden um folgende Ziele ergänzt:

1. „Zur Förderung von bedarfsgerechten Angebotsstrukturen im Wohnbereich und von Wohnverbänden sollen geeignete Konzepte entwickelt werden. Diese sollen auch ausgerichtet sein auf ein Wohnen „unter einem Dach“ von Menschen mit und ohne Behinderung bzw. mit unterschiedlichem Betreuungsbedarf (keine Betreuung, ambulant betreutes Wohnen, stationäres Wohnen).

2. „Förderung des persönlichen Budgets und Durchführung eines Modellprojekts zur Orientierung des persönlichen Budgets für ehemalige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner an den Kosten der Maßnahmepauschale des früheren Heimplatzes.“

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Inanspruchnahme des persönlichen Budgets insbesondere für Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die das Wohnheim verlassen wollen, vorzulegen.

Mit der Erarbeitung eines derartigen Konzeptes sollte u.a. überprüft werden, ob persönliche Budgets auf der Basis der jeweils vereinbarten Maßnahmepauschalen für eine festzuliegende Zahl von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern bemessen werden können. Außerdem soll das Konzept Ideen und Aspekte einer möglichst unbürokratischen Prüfung enthalten. Das Konzept soll Basis eines Modellprogrammes werden. Das Konzept des persönlichen Budgets soll durch eine Fachtagung und Weiterbildung unterstützt werden.

Das Produkt 017.08 „Leistungen zum stationären Wohnen“ wird unter Ziel weiterhin ergänzt um

1. Förderung des Instituts für Konsulentenarbeit „Kompass“, befristet von 2007 bis 2010.

(Siehe hierzu gesonderten Antrag 12/186)

2. Entwicklung von Konzepten und Modellprojekten zur Versorgung älterer Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung.

(Siehe hierzu gesonderten Antrag 12/187)

Das Produkt 041.02 „Leistungen zu Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung einschließlich der Beratung und arbeitsbegleitender Betreuung von Integrationsprojekten“ wird wie folgt geändert:

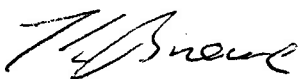
Die Zahl der geförderten Arbeitsplätze in Integrationsprojekten soll auf ca. 50 erhöht werden. Es soll darauf hingewirkt werden, dass in den Jahren 2007 bis 2009 möglichst viele förderfähige Anträge bewilligt werden können.“

Entsprechend der Zieländerung sollen auch die diesbezüglichen Kennzahlen im Haushalt angepasst werden. Die Kennzahl der geförderten Arbeitsplätze von 2007 sollen von 540 auf 565 erhöht und die Summe der primären Aufwendungen von 2007 um 647.500,00 € erhöht werden. Die Verwaltung soll unter Einsatz der einmaligen Nettomehreinnahme für den LVR in 2007 von 8,4 Mio. Euro und unter Einbeziehung des Bundesmodellprogramms Job 4000 und der ESF-Mittel den Mitteleinsatz so steuern, dass in 2007 und in den Folgejahren das Arbeitsplatzangebot im Integrationsunternehmen ausgebaut werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Unterschriften:



Klaus Brausch



Ulrike Kessing



Hans-Otto Runkler



FDP

Die Liberalen

Eing. 05. März 2007
- 06 -

Antrag-Nr. 12/186

öffentlich

Vorab an LO, EK, UNIP
Frecht
Vom Lühr

Datum:
Antragsteller:

05.03.2007
SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Sozialausschuss	06.03.2007	empfehlender Beschluss
Ausschuss für das Heilpädagogische Netzwerk	09.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Institut für Konsulentenarbeit "Kompass" für freie Träger öffnen

Beschlussvorschlag:

- Das bisher in Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland tätige Institut für Konsulentenarbeit „Kompass“ soll mittelfristig in gemeinsamer Trägerschaft mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege getragen werden. Das Ziel einer gemeinsamen Trägerschaft soll 2010 erreicht werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Gespräche mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege zu führen und Vorschläge für die Trägerschaft zu erarbeiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Deckung der Personal- und Sachkosten des Instituts erforderlichen Mittel von 350.000 € im Rahmen der Gesamtdeckung übergangsweise für die Jahre 2007 bis 2010 im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Die Mittel werden im Teilprodukt „Anreizprogramm“ Nr. 017.08.003 ausgewiesen.
- Mit Einführung dieser neuen Finanzierung wird die Finanzierung aus den Erlösen der HPH-Netze beendet.
- Um den o. g. Haushaltsansatz möglichst gering zu halten, soll das Institut in einem möglichst großen Umfang Drittmitel (z.B. EU-Mittel) oder/und Refinanzierung durch Einnahmen über Beauftragung auf Rechnung erzielen und im Sinne des Auftrages einsetzen.
- Ab 2011 muss die Finanzierung der Arbeit des Instituts durch die entsprechenden Honorare für die Beauftragung des Instituts gedeckt werden. Dabei soll die Systematik der Honorare so konzipiert werden, dass insbesondere Menschen mit Behinderungen selbst, deren Angehörige oder Betreuer nicht bzw. nicht über Gebühr an den Kosten der Beratung beteiligt werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, über die Entwicklung regelmäßig zu berichten.

Begründung:

Das Institut Kompass hat am 01.01.2006 seine Arbeit in Nachfolge des Organisationsteams für Konsulentenarbeit der Rheinischen Heilpädagogischen Heime aufgenommen. Neben der Fortsetzung der Konsulentenarbeit, gezielt erweitert auch auf den Personenkreis außerhalb der HPH-Netze, wurden zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, die die Arbeitsweise und das Angebot potenziellen Interessenten bekannt machte. Die Arbeitsweise des Instituts wird in enger Zusammenarbeit mit niederländischen Partnern kritisch überprüft und, wenn nötig, verändert.

Das Organisationsteam hat in der Zeit von 2000 bis 2005 ca. 60 Anfragen aus den HPH bearbeitet. Im ersten Jahr des Instituts Kompass konnten weitere 60 Fälle aufgegriffen werden, von denen 42 Anfragen für einen Personenkreis außerhalb der HPH-Netze waren. Die externen Anfragen betrafen Personen in Schulen, Werkstätten oder Wohneinrichtungen, auch aus dem betreuten Wohnen. Die Anfragen kamen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern sowie von Angehörigen. Eine Anfrage kam auch von einer Klientin aus einer Wohneinrichtung. Die beteiligten Einrichtungen sind über das ganze Rheinland verteilt. In zwei Fällen werden institutionelle Beratungen durchgeführt.

Aufgrund dieser Nachfrageentwicklung ist die Finanzierung durch die HPH-Netze nicht mehr angemessen.

Das Institut Kompass soll letztlich ein hochqualifiziertes Beratungsangebot für alle Einrichtungen, Dienste, Betroffene, gesetzliche Vertreter etc. im Rheinland sein. Voraussetzung dafür ist ein Höchstmaß an Akzeptanz bei allen Beteiligten. Dies setzt einerseits höchste fachliche Qualifikation voraus, die das Institut bereits jetzt mitbringt, aber andererseits eine entsprechende strukturelle Verankerung und Vernetzung. Dies kann am besten gelingen, wenn die Spitzenverbände der Anbieter sich an der Trägerschaft des Instituts beteiligen. Mit einer solchen gemeinsamen Trägerschaft wird es gelingen, größtmögliche Akzeptanz und damit größtmögliche Wirksamkeit zu erzielen. Deshalb ist es nötig, die Verbände der Anbieter zu überzeugen, eine Mitträgerschaft einzugehen.

Unterschriften:



Klaus Brausch



Ulrike Kessing



Hans-Otto Runkler



11

Eing 06. März 2007
-06- R

vorab am 10. Mär

Antrag-Nr. 12/187

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: Fraktion SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP
Vors LVR.

Sozialausschuss	06.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Zukunft gestalten - wohnortnahe Hilfen für ältere Menschen mit Behinderung

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung des Landschaftsverbandes Rheinland wird beauftragt, auf eine Ergänzung des Psychosozialen Netzes im Rheinland für ältere Menschen mit geistiger, psychischer und/oder körperlicher Behinderung hinzuwirken. Es sollen bedarfsgerechte zielgruppenspezifische Angebote entwickelt und gefördert werden.
2. Die Verwaltung des LVR wird beauftragt, in Trägerschaft der Rheinischen Kliniken für Psychiatrie – gegebenenfalls in Kooperation mit Dritten – den Aufbau weiterer wohnortnaher gerontopsychiatrischer Zentren zu initiieren beziehungsweise zu fördern.
3. Der Landschaftsverband fördert modellhaft Angebote zur Versorgung von pflegebedürftigen älteren Menschen mit Behinderung(en). In einigen Modelleinrichtungen sollen auf der Basis des SGB XI beispielhafte Konzepte erarbeitet und erprobt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Konzepte im 2. Halbjahr 2007 vorzulegen.
4. Zur Versorgung und Betreuung älter werdender Menschen mit Behinderung und hohem Pflegebedarf sollen Hausgemeinschaften entsprechend dem Hausgemeinschaftsmodell in der Altenpflege für Demente eingerichtet werden. An geeigneten Standorten sind diese Konzepte zu erproben; dazu wird auf die städtebauliche Umsetzung in den Kommunen hingewirkt. Dabei sind die gesetzlichen Grundlagen der Sozialgesetzbücher zu beachten und zu nutzen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Konzepte modellhaft, z. B. in Zusammenarbeit mit dem KDA, im 2. Halbjahr 2007 zu erarbeiten und den beteiligten Ausschüssen vorzulegen.

Begründung:

Begründung zu 1:

Bei der Weiterentwicklung einer seniorengerechten Behindertenhilfe kommt dem Gedanken „ambulant vor stationär“ eine tragende Bedeutung im Sinne weitestgehend selbst bestimmten Lebens zu. Dabei gilt es nicht nur im Rahmen von gezielten Fachleistungsstunden Menschen mit Behinderungen zu

unterstützen, sondern auch durch zielgruppenspezifische niederschwellige Angebote das Unterstützungsnetz dichter zu knüpfen. Das hat der Landschaftsverband vorbildlich mit dem Netz der sozialpsychiatrischen Zentren für Menschen mit psychischen Behinderungen und mit dem Netz der Koordinations-, Kontakt- und Beratungsstellen* für Menschen mit geistiger Behinderung getan. Die altersbedingten Probleme bei Menschen mit psychischen und/ oder geistigen Behinderungen sind jedoch fachlich bisher weniger im Focus der Hilfen. Es gilt deshalb, die bestehenden Netzwerke entsprechend zu stärken und Rahmenbedingungen für gezielte bedürfnisorientierte Hilfen herzustellen.

Begründung zu 2 :

Als Träger der Rheinischen Kliniken soll der LVR gezielt den bereits eingeleitete Aufbau gerontopsychiatrischer Zentren fortsetzen mit dem Ziel eines flächendeckenden, gegebenenfalls dezentralen Angebotes, das tagesklinische, ambulante und beratende Hilfen umfasst. Diese Zentren müssen wohnortnah und offen sein für die betroffenen alten Menschen, für Angehörige und für Einrichtungen.

Begründung zu 3:

Eine zentrale Herausforderung im Bereich der Sozialpolitik für Menschen mit Behinderungen ist die Tatsache, dass z.B. Menschen mit geistiger Behinderung in immer größerer Zahl älter und damit auch pflegebedürftiger werden. Da die „normalen“ Pflegeeinrichtungen nach dem SGB XI in der Regel auf betagte Menschen mit einer Behinderung fachspezifisch nicht eingestellt sind, werden deren spezielle Belange dort meist nicht angemessen berücksichtigt. In Kooperation mit Anbietern der Eingliederungshilfe wie auch mit Anbietern im Rahmen des SGB XI sind entsprechende Modelle auf den Weg zu bringen, um exemplarisch Konzepte zu erarbeiten und zu erproben. Entsprechende „Leuchtturm-Projekte“ sind möglichst bald aufzubauen.

Begründung zu 4:

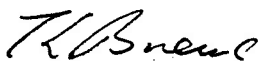
Neben stationären Einrichtungen im Sinne des SGB XI oder XII gilt es, Hausgemeinschaftsideen der Altenpflege auf die Behindertenhilfe zu übertragen, soweit dies möglich ist. Dies ist fachlich sinnvoll, weil die Wohnmilieus der Hausgemeinschaften und die der Eingliederungshilfeeinrichtungen ähnlich sind. Die damit zusammenhängenden Rechtsfragen sind äußerst komplex; fachlich und inhaltlich besteht jedoch Einvernehmen darüber, dass Menschen auch mit geistiger Behinderung und hohem Pflegebedarf möglichst in ihrer Ursprungsumgebung die nötigen Angebote der Eingliederungshilfe und der Pflege finden sollten. Dies könnte im Rahmen von Hausgemeinschaftskonzepten möglich sein. Dazu fehlen jedoch bisher für die Zielgruppe der Menschen mit geistiger Behinderung jegliche Erfahrungen. Diese gilt es im Rahmen von Modellen zu gewinnen. Im Übrigen ist durch die Verwaltung bei der anstehenden Reform der Pflegeversicherung mit ihren Möglichkeiten darauf einzuwirken, dass der Personenkreis der älteren geistig Behinderten mit in die Leistungen der Pflegeversicherung aufgenommen wird.

Zusammenfassung:

Ideen und Konzepte sind gefragt, um mit der zunehmenden Problemstellung zum Thema „Unterstützung älterer pflegebedürftiger Menschen mit Behinderung(en)“ in Zukunft angemessen umzugehen. Bestehende Möglichkeiten des LVR in den Kliniken sind kurzfristig einzusetzen. Das bisher nur unvollständig bestehende Handlungsinstrumentarium muss im Interesse der Betroffenen und deren Angehörige verbessert und bedarfsgemäß weiterentwickelt werden. Auch in diesem Zusammenhang kommt dabei dem Gedanken von ambulant vor stationär eine tragende Bedeutung im Sinne von weitestgehend selbstbestimmtem Leben zu.

Die Verwaltung wird auf der Grundlage dieses Antrages beauftragt, die zur Umsetzung erforderlichen finanziellen und personellen Möglichkeiten zu ermitteln und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Unterschriften:



Klaus Brausch



Ulrike Kessing



Hans-Otto Runkler



12

Antrag-Nr. 12/188

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Bauausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Rheinisches Industriemuseum Ratingen - Instandsetzung der zweiten Herrenhaushälfte

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das gemäß dem Beschluss des Bauausschusses einen behindertengerechten Zugang zur Veranstaltungsetage (mit durchgängigem Aufzug) beinhaltet, oder ein neues Nutzungskonzept vorzulegen unter Verzicht auf einen nicht barrierefreien Veranstaltungsraum.

Die jeweiligen Mehr- oder Minderkosten sind durch die Verwaltung zu ermitteln.

Begründung:

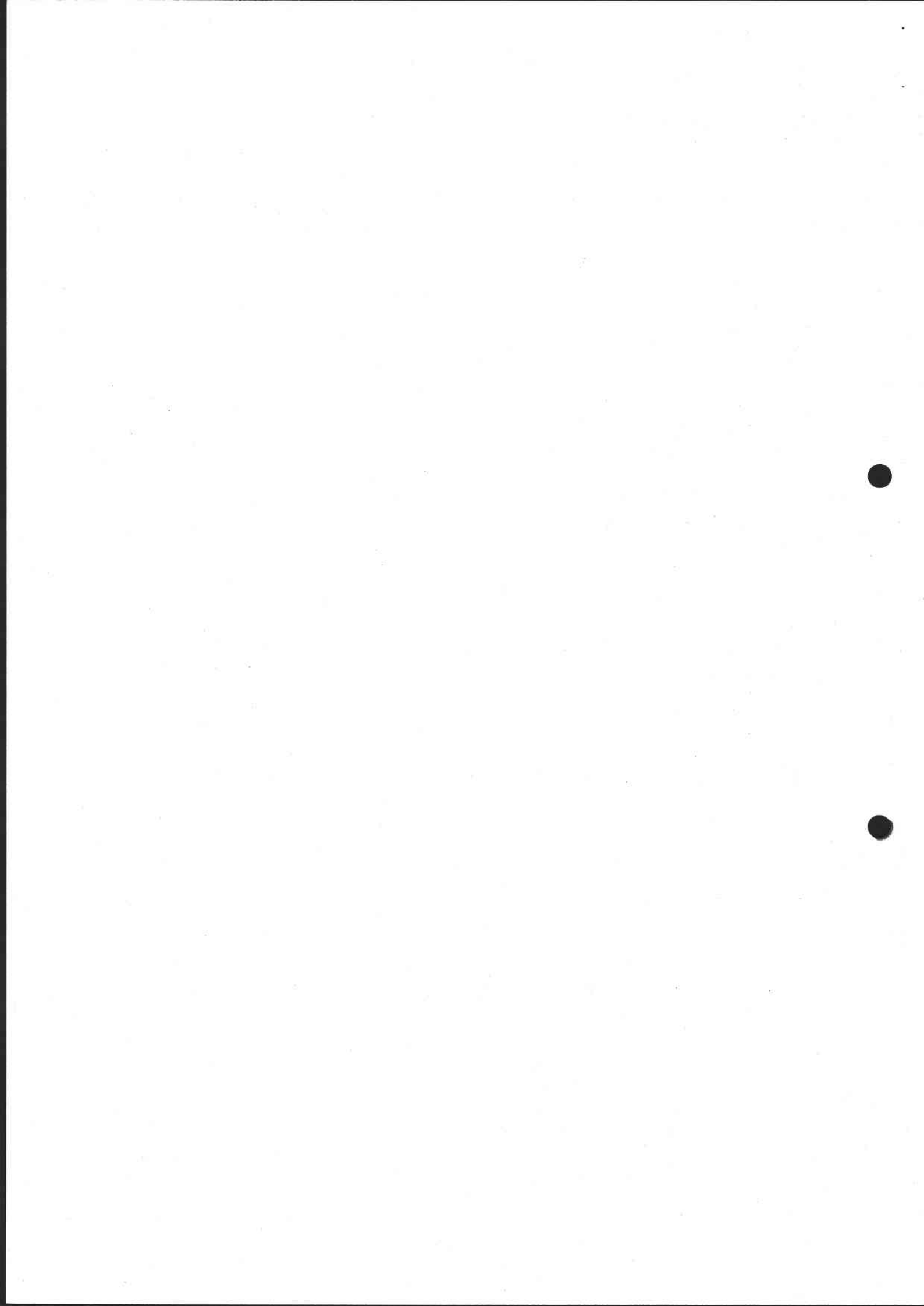
Der Landschaftsverband Rheinland steht besonders in der Pflicht, bei Um- und Neubauten eigener Liegenschaften Menschen mit Behinderung den barrierefreien Zugang zu ermöglichen.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch





13

Antrag-Nr. 12/189

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

05.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Umweltausschuss	08.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Digitales Kulturlandschaftskataster (KuLaDig) schneller voranbringen**

Beschlussvorschlag:

Der Aufbau des Digitalen Kulturlandschaftskatasters soll zügig vorgebracht werden. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Ressourcen zu ermitteln und innerhalb der Gesamtdeckung zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang ist im Rahmen der Qualifizierungsanstrengungen des LVR ggf. ein wissenschaftliches Volontariat einzurichten.

Begründung:

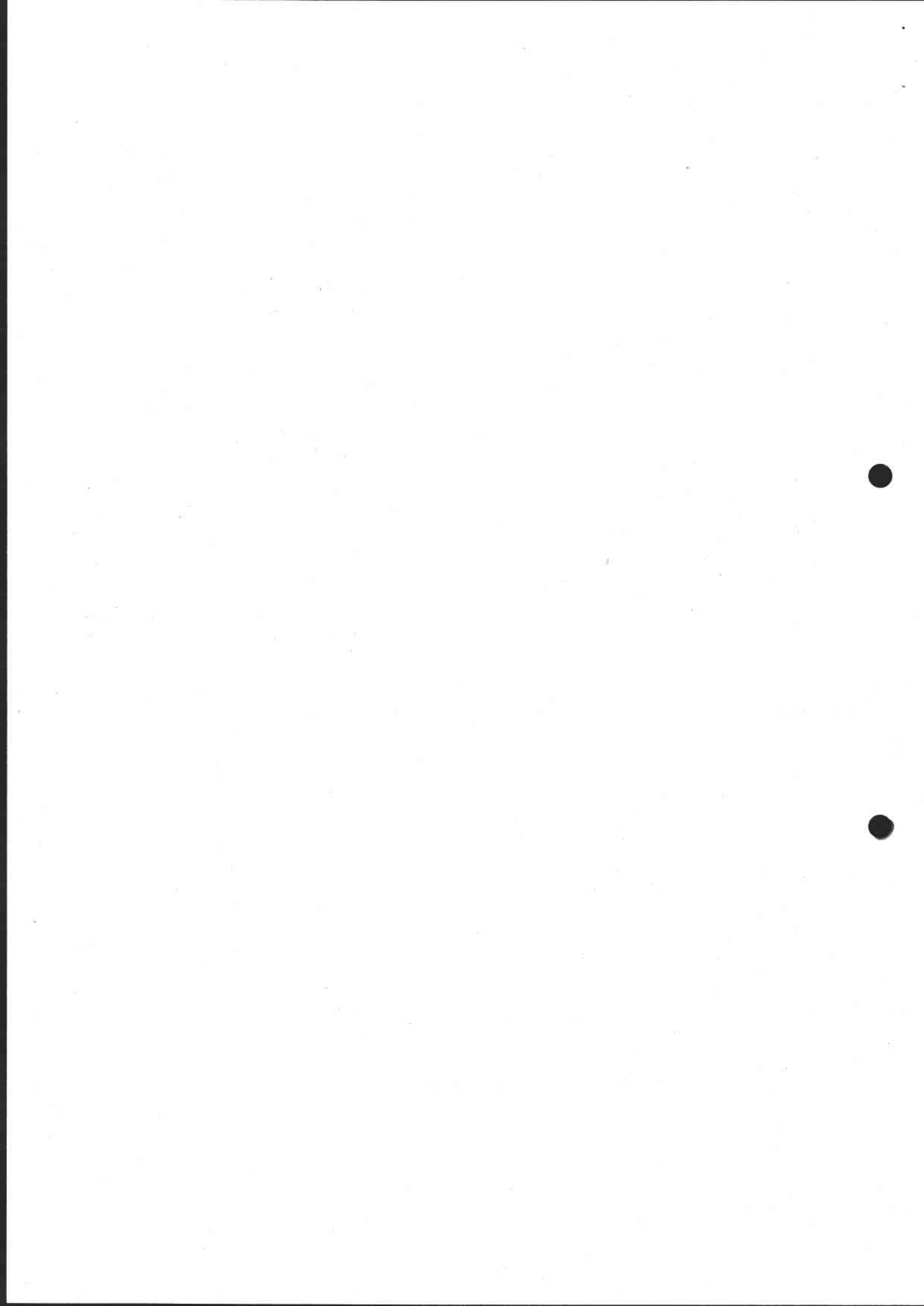
Erfolgt mündlich.

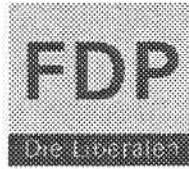
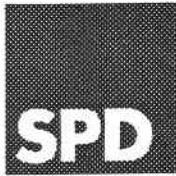
Unterschriften:

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch





14

Antrag-Nr. 12/190

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Archivpflege intensivieren**

Beschlussvorschlag:

Die Arbeit des LVR im Bereich der Archivpflege soll intensiviert werden. Im Rahmen des Schadenskatasters sollen die kommunalen Archive, analog den Museen, mit den privaten Archiven gleichbehandelt werden. Dazu ist von der Notwendigkeit der Aufstockung der Transferaufwendungen 026.01 um mindestens 50.000 Euro auszugehen. Darüber hinaus sind die erforderlichen Ressourcen durch die Verwaltung zu ermitteln und die konzeptionellen Schritte dem Kulturausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

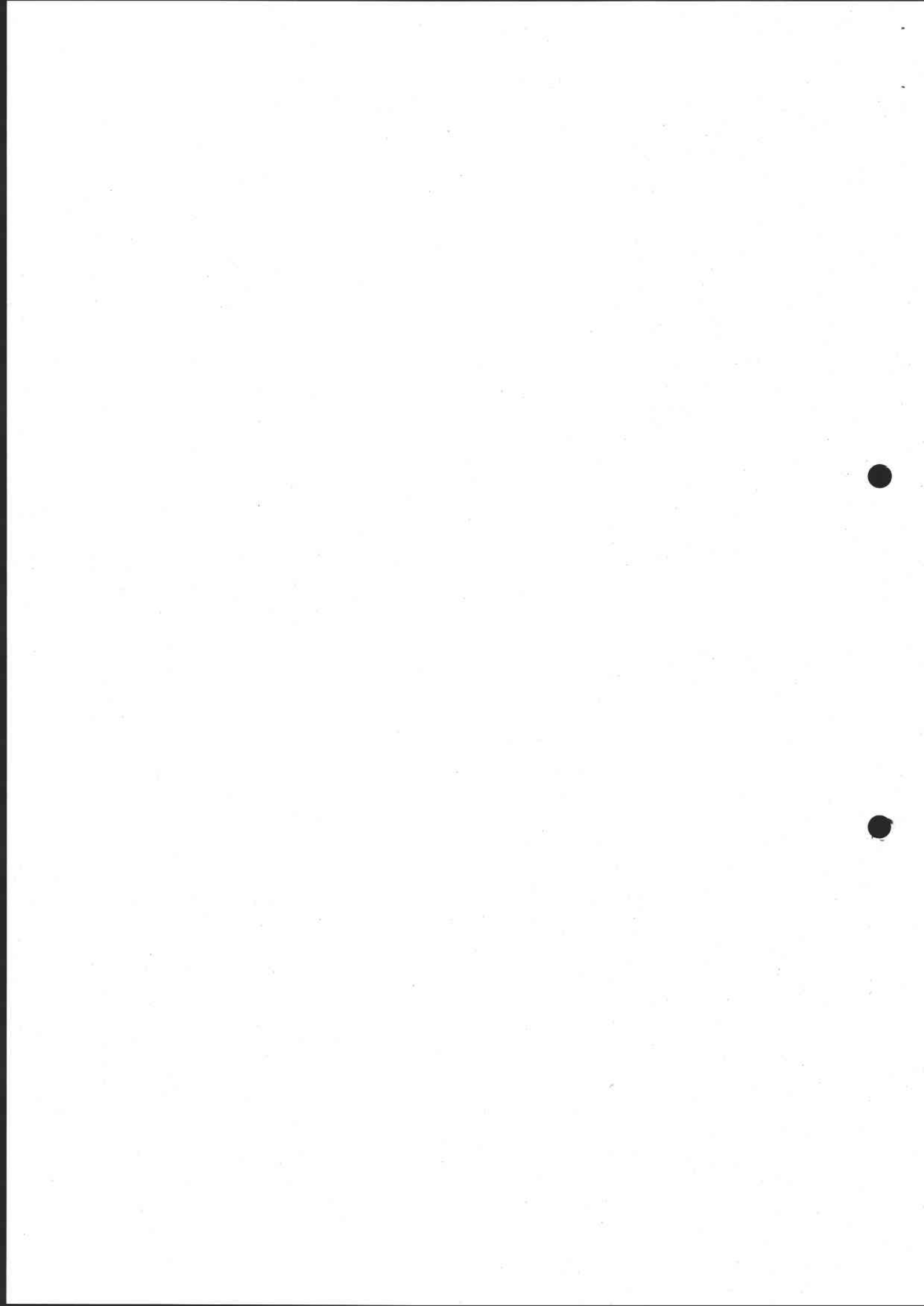
Im Zusammenhang mit dem in diesem Jahr vorzulegenden Schadenskataster entstehen zusätzliche Arbeiten. Entsprechend dem Schadenskataster sollen Erfordernisse, die neben der durchzuführenden Massenentsäuerung bestehen, in den Archiven gefördert werden.

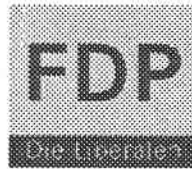
Unterschriften:

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler

Ulrike Kessing





15

Antrag-Nr. 12/191

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Neueröffnung des Regionalmuseums Xanten**

Beschlussvorschlag:

Für die Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und das Marketing anlässlich der Neueröffnung des Regionalmuseums Xanten werden, entsprechend der Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn, Mittel in Höhe von 350.000 Euro bereitgestellt, und zwar für 2007 und 2008 je 175.000 Euro. Hierfür sollen GFG-Mittel der regionalen Kulturförderung eingesetzt werden.

Begründung:

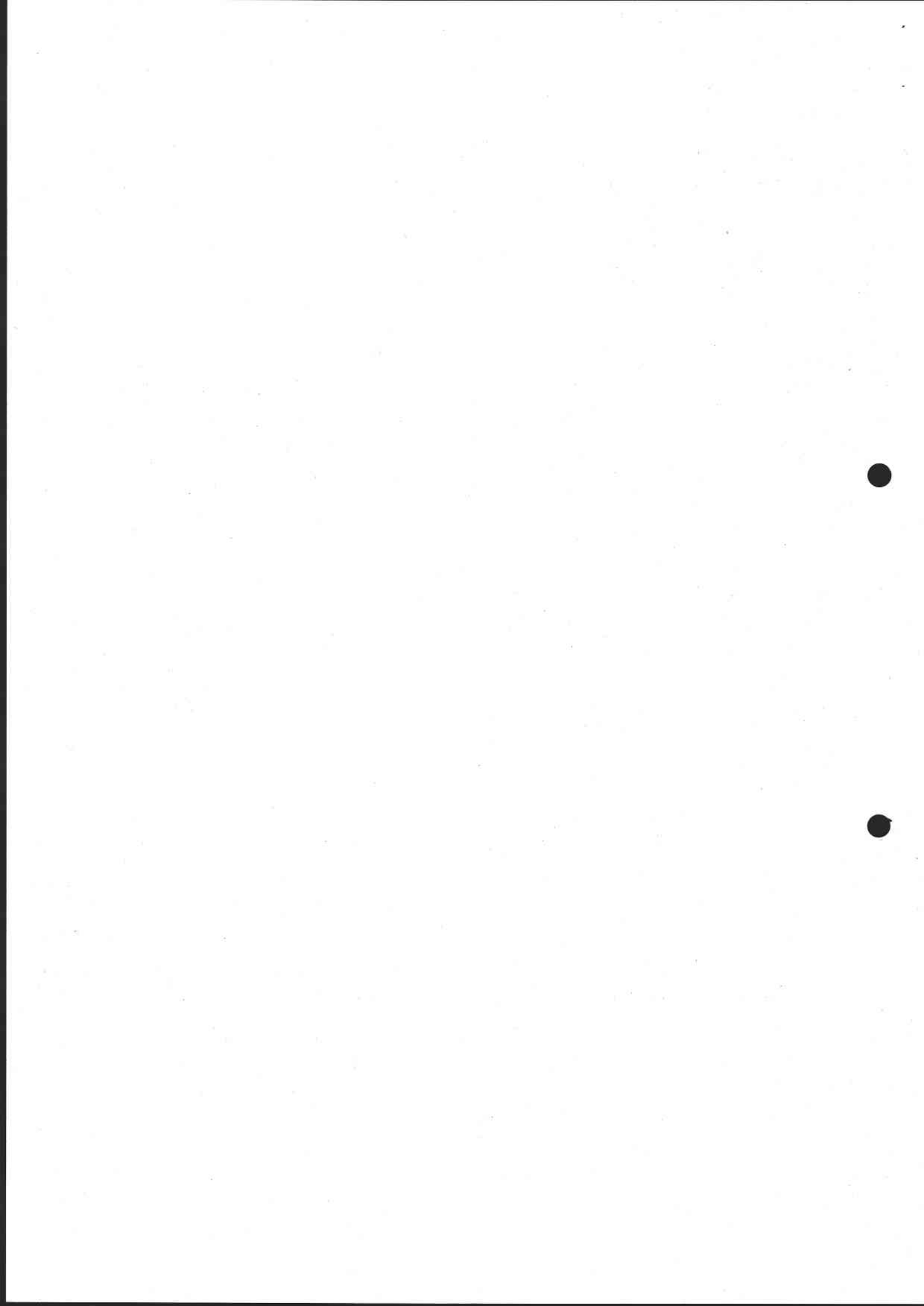
Der Museumsneubau soll seiner Bedeutung entsprechend rheinlandweit und grenzüberschreitend wirksam vermarktet werden. Hierzu sind entsprechende Ressourcen erforderlich, die nach Möglichkeit umlageneutral zur Verfügung gestellt werden sollen.

Unterschriften:

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler

Ulrike Kessing





16

Antrag-Nr. 12/192

öffentlich

Datum: 05.03.2007
Antragsteller: SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kulturausschuss	07.03.2007	empfehlender Beschluss
Kulturausschuss	14.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Inventarisierungsrückstand beim Rheinischen Landesmuseum abbauen**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zur Beschleunigung des Abbaus der Inventarisierungsrückstände von ca. dreißig Jahren im Rheinischen Landesmuseum zu ergreifen. Hierfür sind die erforderlichen Ressourcen zu ermitteln und im Rahmen der Gesamtdeckung bereitzustellen. Ggf. ist im Rahmen der Qualifizierungsanstrengungen des LVR ein Volontariat einzurichten.

Begründung:

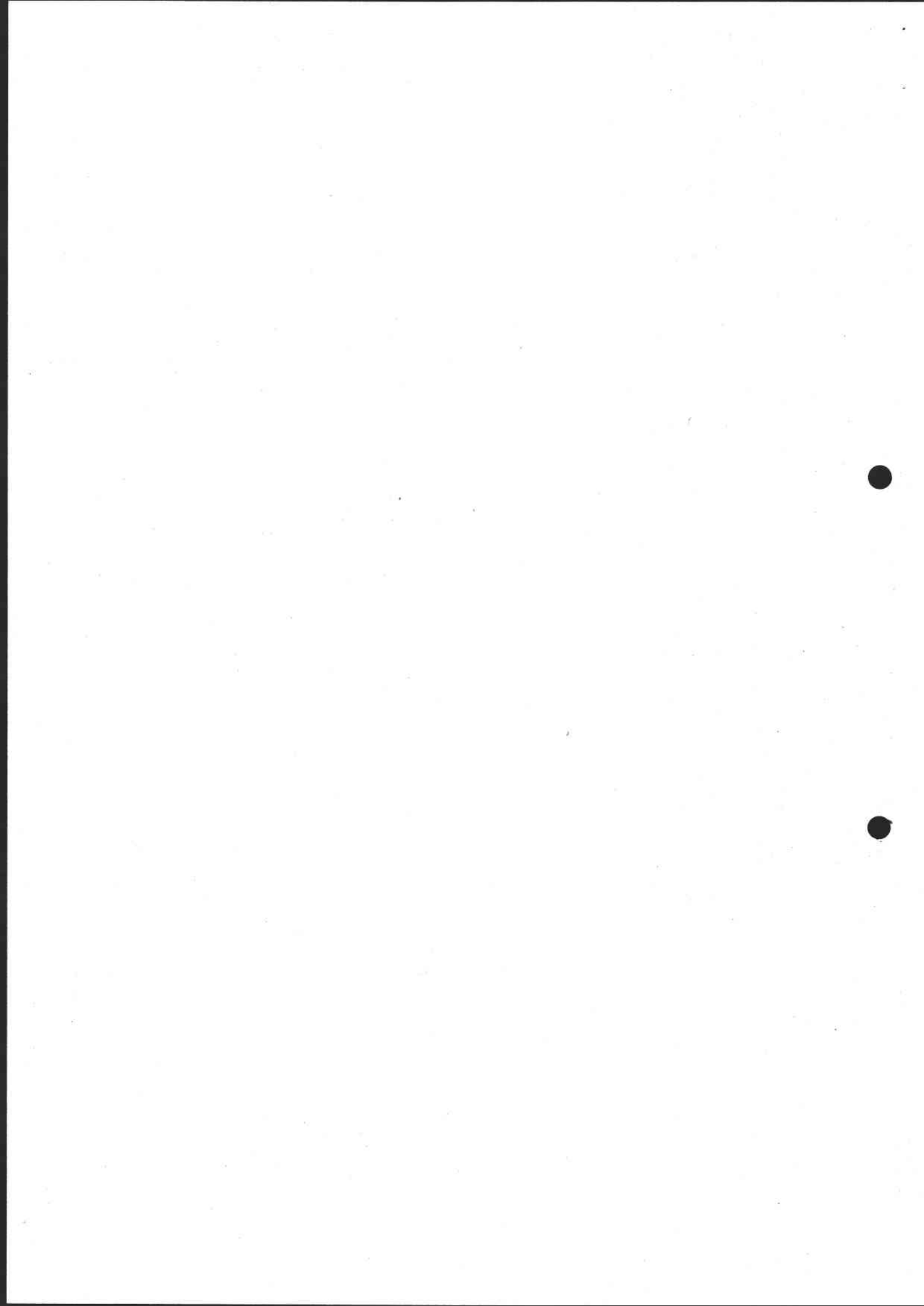
Das Produkt 018.02 „Bewahren, Erschließen von Kulturgütern“ beim Rhein. Landesmuseum Bonn (Haushaltsplan, Band A, Seite A 202) sieht als Ziel einen Abbau des Inventarisationsrückstandes von ca. 30 Jahren vor (jährlich 0,5 Jahre). Die Zielerreichung sollte beschleunigt werden.

Unterschriften:

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler

Ulrike Kessing



17



FDP

Die Liberalen

Eing. 06. März 2007
-06- R

Antrag-Nr. 12/193

öffentlich

Von der LD, Er, L'ing
Fraktion
Vors Lib

Datum:
Antragsteller:

06.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Umweltausschuss	08.03.2007	empfehlender Beschluss
Bauausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Außenflächen ökologisch gestalten**

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsverband hat sich zum Ziel gesetzt, seine Liegenschaften ökologisch aufzuwerten (Beschluss des Um am 26.10.2006 zum Antrag 12/147). Zur Umsetzung dieses Ziels werden in 2007:

drei Schulhöfe entsiegelt, ökologisch aufgewertet und mit behindertengerechten Spielgeräten ausgestattet sowie

modellhaft drei unterschiedliche Flächenarten ökologisch gestaltet, z.B. je ein Hektar Wald und Wiese, eine Außenfläche oder Dachbegrünung.

Für die Schulhöfe und die sonstigen Flächen sind entsprechend aussagekräftige Kennzahlen im Haushalt zu verankern.

Begründung:

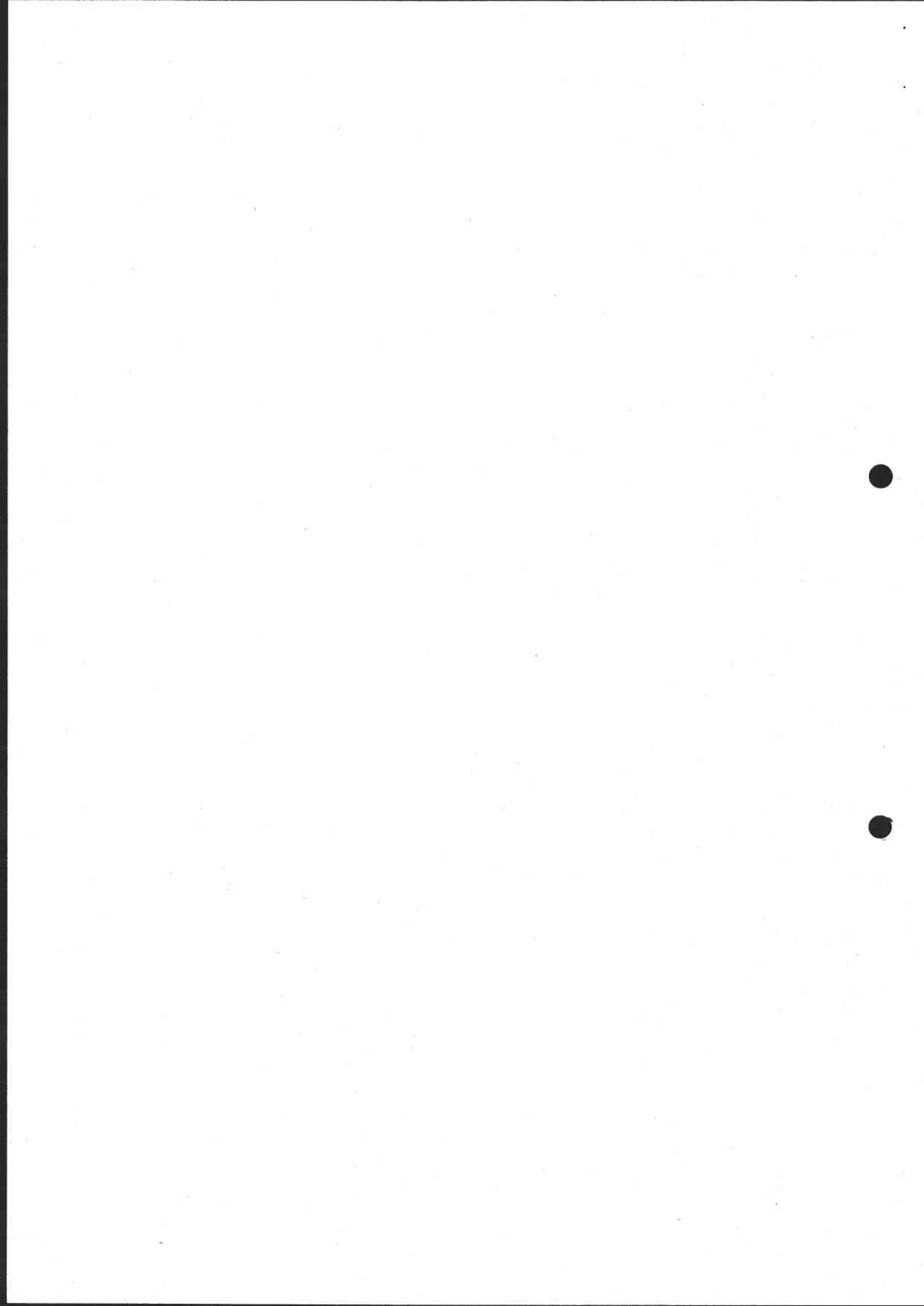
Erfolgt mündlich.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler



18



Eingl. 06. März 2007
-06- R

Antrag-Nr. 12/194

öffentlich

Vorab zur CO₂-Einsparung
Fraktionen
Vorsitz

Datum: 06.03.2007
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Umweltausschuss	08.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Netzwerk Umwelt bilden - Umweltschutz stärken**

Beschlussvorschlag:

1. Im Produktbereich 14 wird die Produktgruppe 036.01 umbenannt in: Umwelt - Beratung, Information, Kooperation und Netzwerkbildung.
2. Das Ziel im Produktbereich wird ergänzt um: "Bildung eines Netzwerks Umwelt durch verstärkte Kooperation sowie gemeinsame Projekte mit den Biologischen Stationen, insbesondere in den Bereichen Kulturlandschaftspflege und Umweltbildung." Für die Umsetzung sollen ggf. ein bis zwei Volontariate eingerichtet werden. Es ist von einem Ressourcenverbrauch von 500.000 € sowie Volontariatskosten auszugehen.
3. Bei den Kennzahlen und Leistungsmengen wird der Ansatz der auditierten LVR-Dienststellen von zwei auf drei erhöht.
4. Die Initiative zur Förderung von Radtourismus und -verkehr (Haushaltsbeschluss 2006) wird weiter vorangebracht.
5. Die Initiative Ökologisches Pflanzgut und Förderung von Obstwiesen (Haushaltsbeschluss 2005) wird weiter vorangebracht.

Begründung:

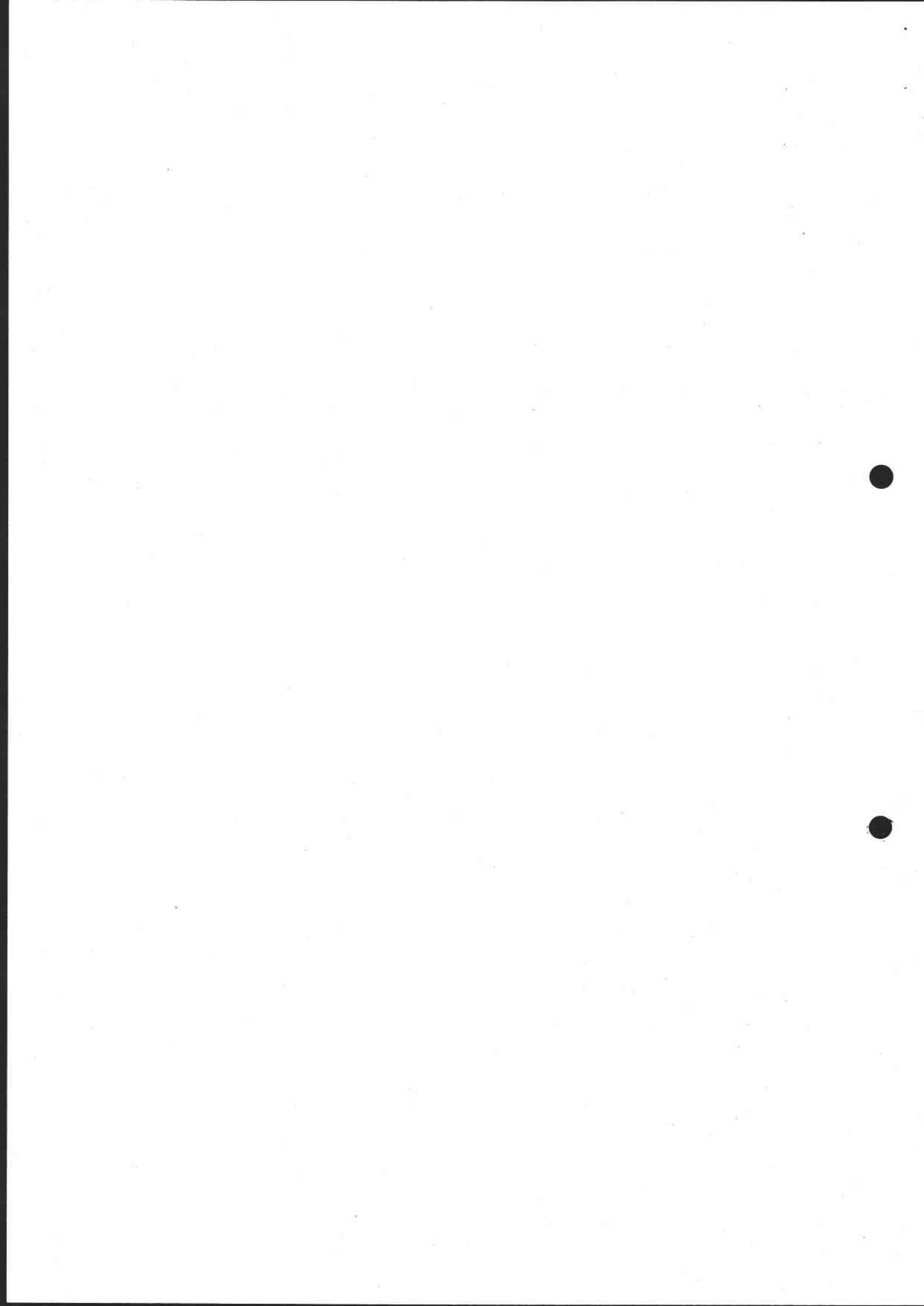
Erfolgt mündlich.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch





Eing. 08. März 2007
- 06 -

Vorab an CO₂ EU
Fraktionen
Van Lier

Antrag-Nr. 12/196

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

06.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, SPD

Umweltausschuss	08.03.2007	empfehlender Beschluss
Bauausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
CO₂-Ausstoß senken - Liegenschaften umweltfreundlich bewirtschaften

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 014.01, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften, wird das Produktziel neu gefaßt (Änderung kursiv):
Optimierung und Verbesserung der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Immobilien, insbesondere hinsichtlich des Immobilienstandes, der Substanzerhaltung, der Gebäudeplanung, der Vermeidung von Leerständen, der Wertschöpfung, der Kostentransparenz und der Wirtschaftlichkeit; dabei werden Geothermie-, Solar- und Brauchwasseranlagen sowie Gründächer zur ressourcensparenden Unterhaltung besonders berücksichtigt.
*↳ Passivhaus standards **
Der Anteil des Stromes, der aus regenerativen Energien selbst erzeugt wird bzw. aus so genanntem gelabelten Strom stammt, ist zu steigern. Der CO₂-Ausstoß ist jährlich erheblich zu senken, mindestens um 3 bis 5%. Dabei ist in den Jahren von 2006 bis 2010 mindestens eine durchschnittliche jährliche Minderung der CO₂-Emission von 5 % zu erzielen.

Ergänzend werden im Haushalt getrennt nach Gebäudearten folgende Kennzahlen ausgewiesen:

1. CO₂-Ausstoß pro qm Nutzfläche
2. Anteil des Stromes, der regenerativ selbst erzeugt wurde bzw. gelabelt ist, gemessen am Gesamtverbrauch
3. Energieverbrauch je qm Nutzfläche
4. Bewirtschaftungskosten (Heizung, Strom, bauliche Unterhaltung...) je qm Nutzfläche

Begründung: Erfolgt mündlich.

* Beschluss LA am 23.03.2007

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch



Eing 13. März 2007
-06- R

Ergänzungsantrag-Nr. 12/197/1

öffentlich

vom 13. März 2007
Fraktion
Van Liers

Datum: 06.03.2007
Antragsteller: Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Umweltausschuss	08.03.2007	empfehlender Beschluss
Vergabeausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	19.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Nachhaltigkeit im Vergabewesen stärken**

Beschlussvorschlag:

Produktziel für den Produktbereich 01, Zentrale Dienste, Produktgruppe 070: Zentraler Einkauf, wird wie folgt gefaßt:

Vorgaben für den wirtschaftlichen und nachhaltigen Einkauf nach VOL/A für den gesamten Landschaftsverband und Einkauf von Sach- und Dienstleistungen (außer Bauleistungen und DV) für die Zentralverwaltung.

Begründung:

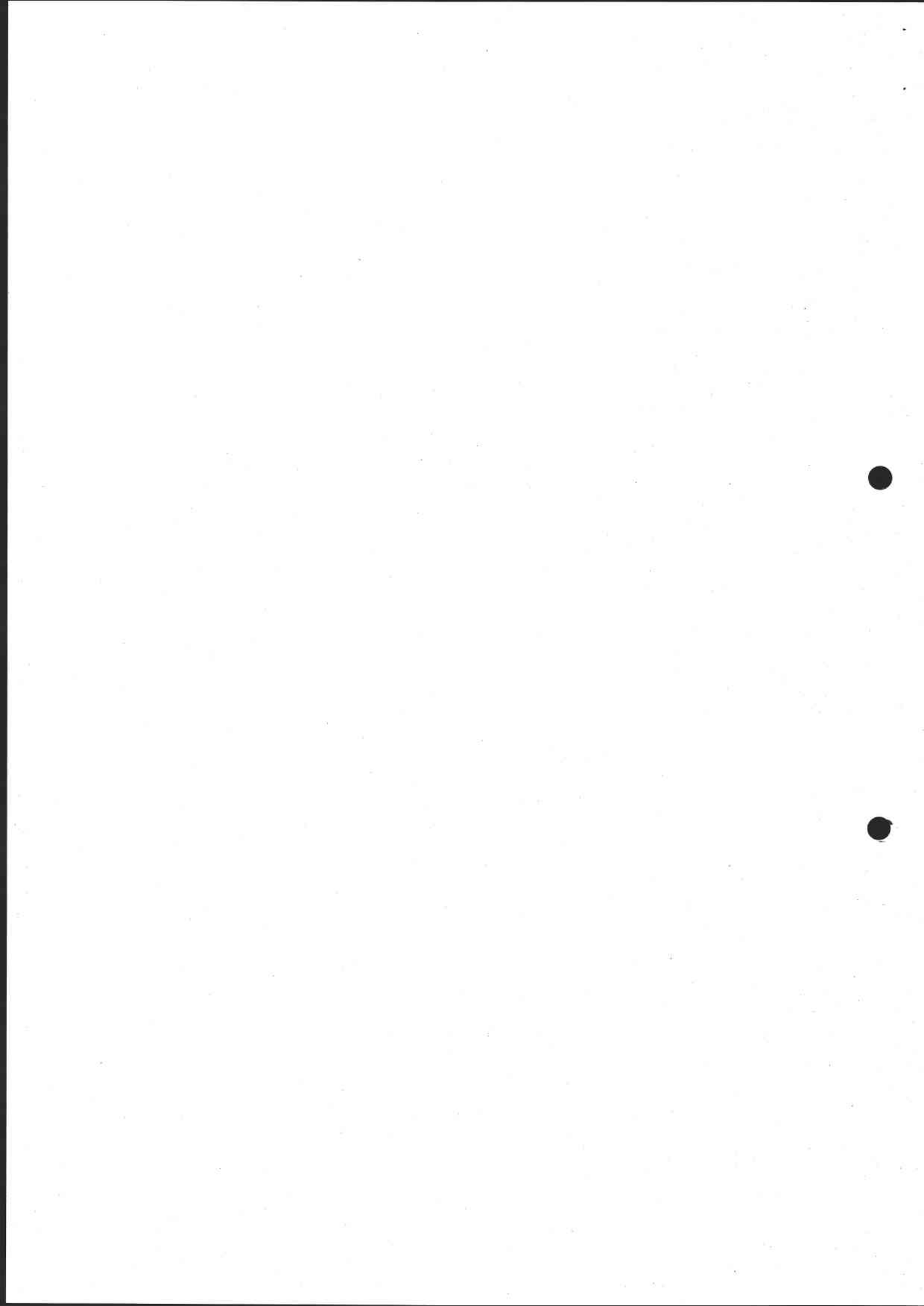
Erfolgt mündlich.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

Eing. 07. März 2007
- 06 -

Antrag-Nr. 12/198

öffentlich

Datum:

Freilicht

07.03.2007

Antragsteller:

Von Ven

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt
Therapeutenschlüssel in den Rheinischen Schulen

Beschlussvorschlag:

In Produktziel 03, Produktgruppe 55 ist 1 : 16,7 zu ersetzen durch 1 : 16.

Begründung:

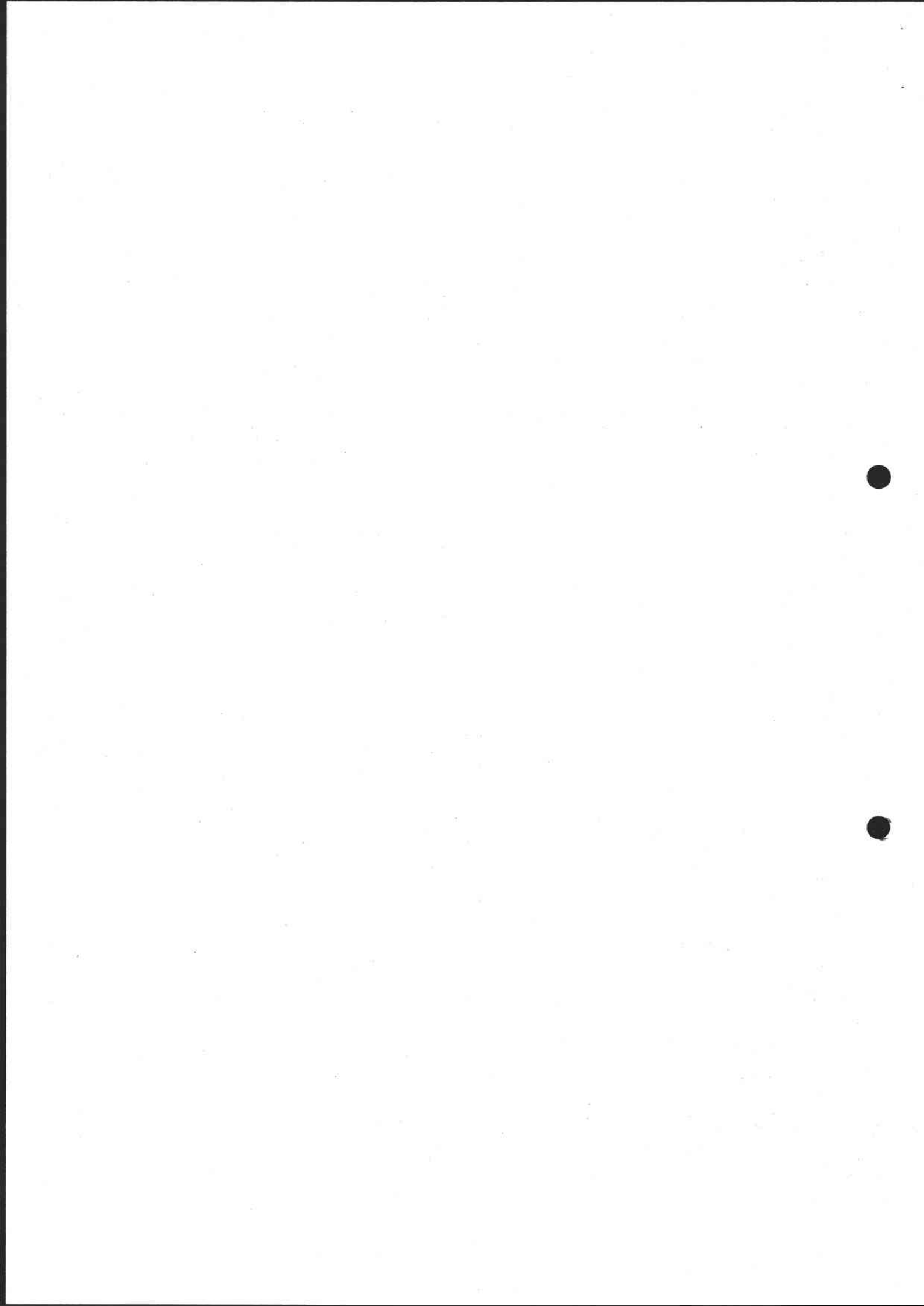
Mit dieser Korrektur wird die bestehende Beschlusslage im Produktziel verankert. Zur Zielerreichung ist die Fremdfinanzierung, z. B. durch die Krankenkassen, zu verbessern.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler





Eing. 07. März 2007
- 06 - R

Antrag-Nr. 12/199

öffentlich

Uwab am LD, ER, UN4

Datum: 07.03.2007
Antragsteller: *Fabrik*
Vors Lib Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Landesjugendhilfeausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Öffnung von Sonderkindergärten für Kinder ohne Behinderung**

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 017.01 - Leistungen zur vorschulischen Bildung für Kinder mit Behinderung - wird als Ziel ergänzt: Öffnung von Sonderkindergärten für Kinder ohne Behinderung.

Begründung:

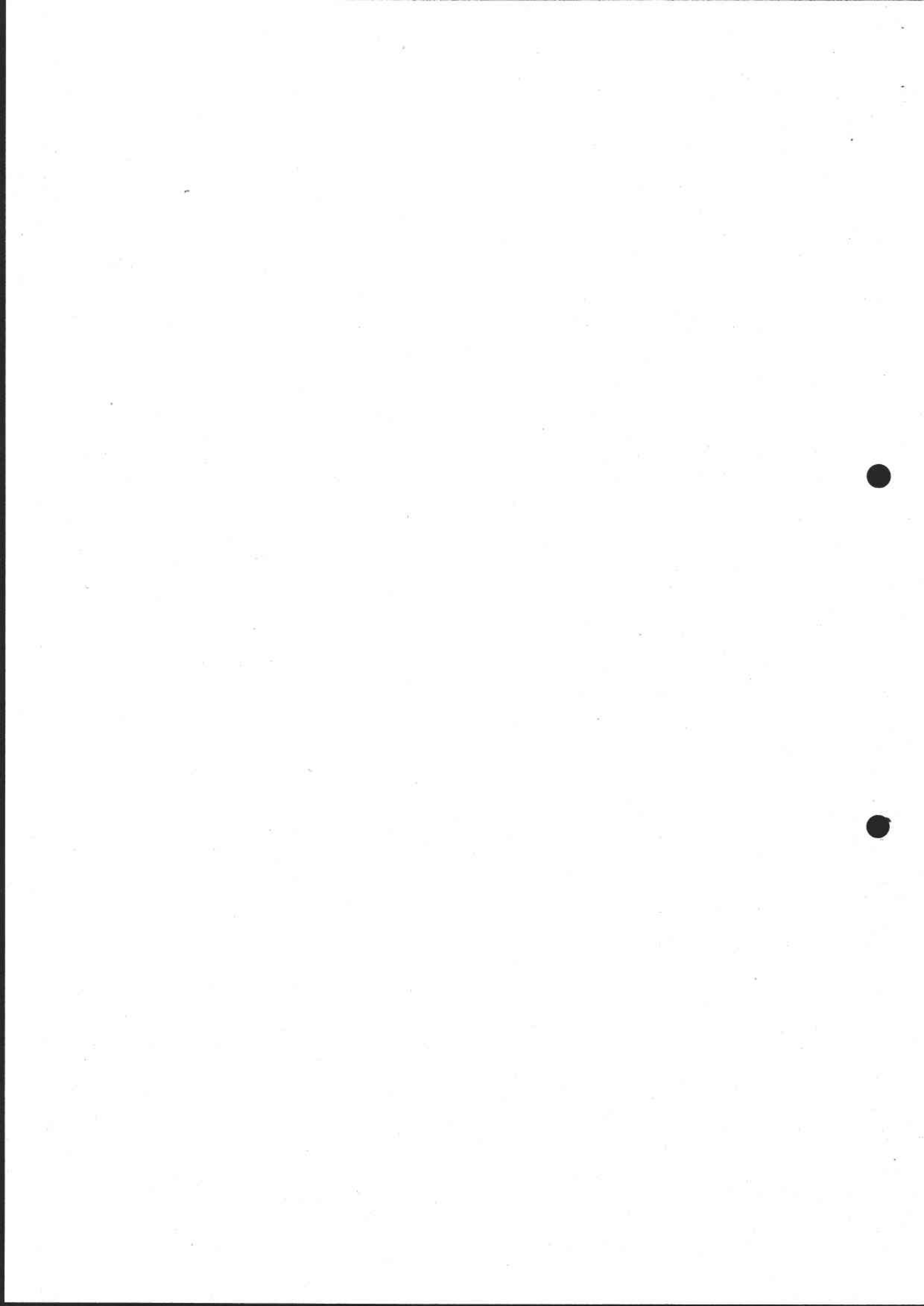
Je nach örtlicher Gegebenheit kann die Öffnung eines Sonderkindergartens ein Weg sein, die Integration zu stärken und bedarfsgerecht Kindergartenplätze vorzuhalten.

Unterschriften:

Ulrike Kessing
Ulrike Kessing

Klaus Brausch
Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler
Hans-Otto Runkler



Eing. 14. März 2007
-06- *R*

*Vorab an LD, Eva
Treibmann
Van LVen*



CDU FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Ergänzungsantrag-Nr. 12/200/1

öffentlich

Datum: 13.03.2007
Antragsteller: CDU

Finanz- und Wirtschaftsausschuss **15.03.2007 Beschluss**

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 2007 - Naturparke

Beschlussvorschlag:

Für die Unterstützung der Arbeit für die rheinischen Naturparke werden für den Haushalt 2007 20.000 € für das Sachgebiet Kulturlandschaftspflege beantragt.

Begründung:

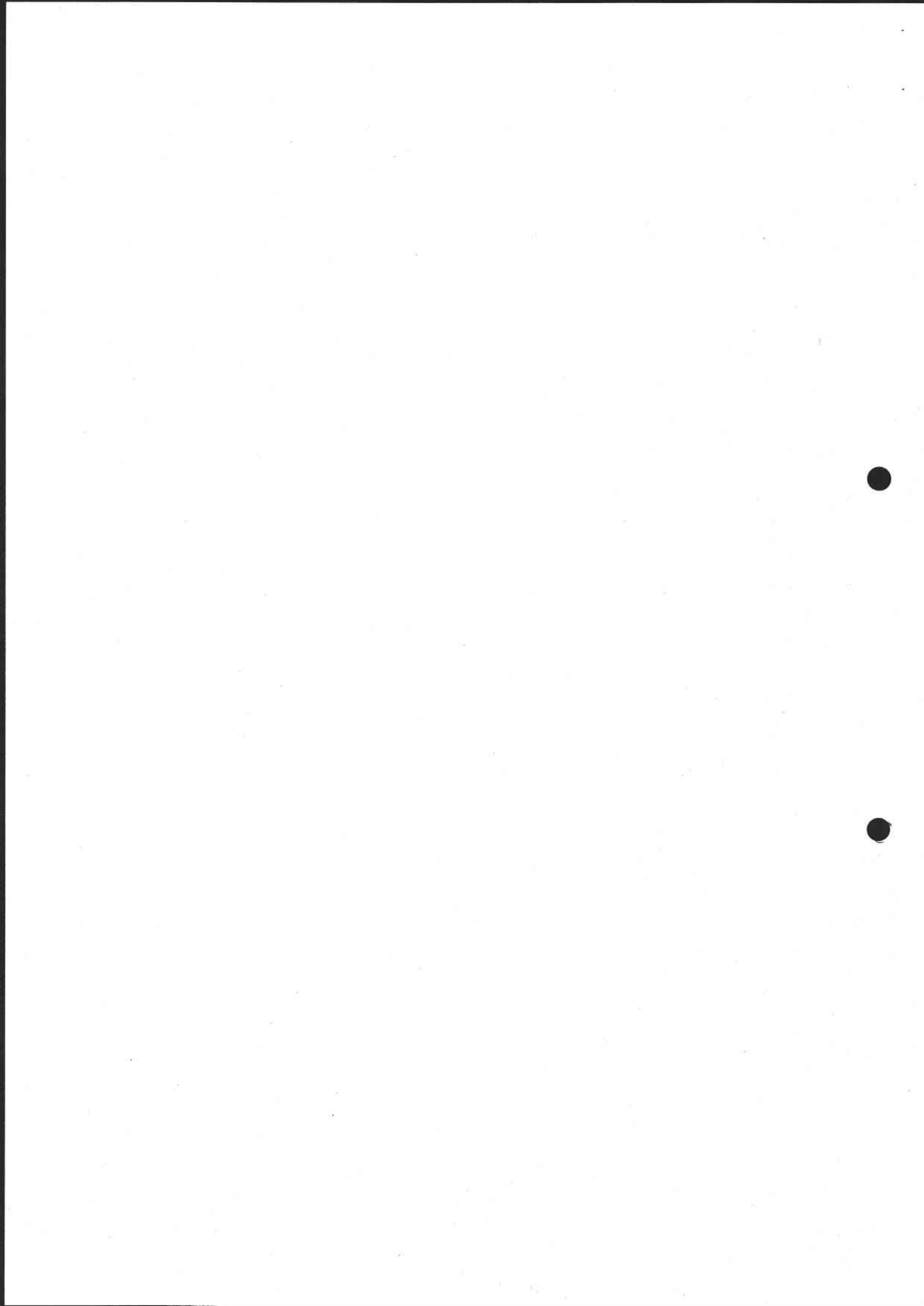
Der Antrag Nr. 12/200 der CDU-Fraktion wurde in der Sitzung des Umweltausschusses am 08.03.2007 in den Finanzausschuss verwiesen.

Begründung des Antrages Nr. 12/200:

Das Jahr der Naturparke in Deutschland 2006 hatte einen großen Erfolg. Der Landschaftsverband hat hierzu Beiträge geliefert. Auf diesem Erfolg sollte eine künftige Entwicklung aufbauen. Der Landschaftsverband, der die Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Naturparke betreut und hierüber auch einerseits die rheinischen Kulturlandschaften fördert und andererseits positive Wirkungen für das Freizeit- und Erholungsbedürfnis der Menschen in den Ballungsräumen erzielt, soll diese Entwicklung auch künftig begleiten.

Die finanzielle Situation der Naturparke ist sehr angespannt und dem Umweltamt stehen für diese Arbeit ebenfalls keine eigenen Mittel zur Verfügung. Mit dem Projekt einer verbesserten Präsentation der Naturparke im Rheinland und in den rheinischen Großstädten, das im Umweltausschuss des LVR angeregt wurde, werden jedoch zur Umsetzung finanzielle Aufwendungen notwendig. Die Mittel sollen insbesondere für Präsentationen, Publikationen und publikumswirksame Aktionen eingesetzt werden.

F. Boss
Unterschrift:
Frank Boss





Die Liberalen

Eing. 07. März 2007
-06- *a*

Antrag-Nr. 12/201

öffentlich

Vorab an LG, EA, LVR in 3

Datum: 07.03.2007
Antragsteller: *Freiheitler*
Vors LVR Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	19.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt
Gender Mainstreaming umsetzen

Beschlussvorschlag:

1. Als ersten Schritt zum Gender Budgeting wird die Verwaltung beauftragt, steuerungsrelevante Kennzahlen zu ermitteln und sie der politischen Vertretung vorzulegen.
2. Im Haushalt 2007 sind bereits Kennzahlen auszuweisen, die Auskunft zum Grad der Gleichstellung von weiblichen und männlichen Beschäftigten geben. Darzustellen ist insbesondere das anteilige Verhältnis in den jeweiligen Vergütungsgruppen.

Begründung:

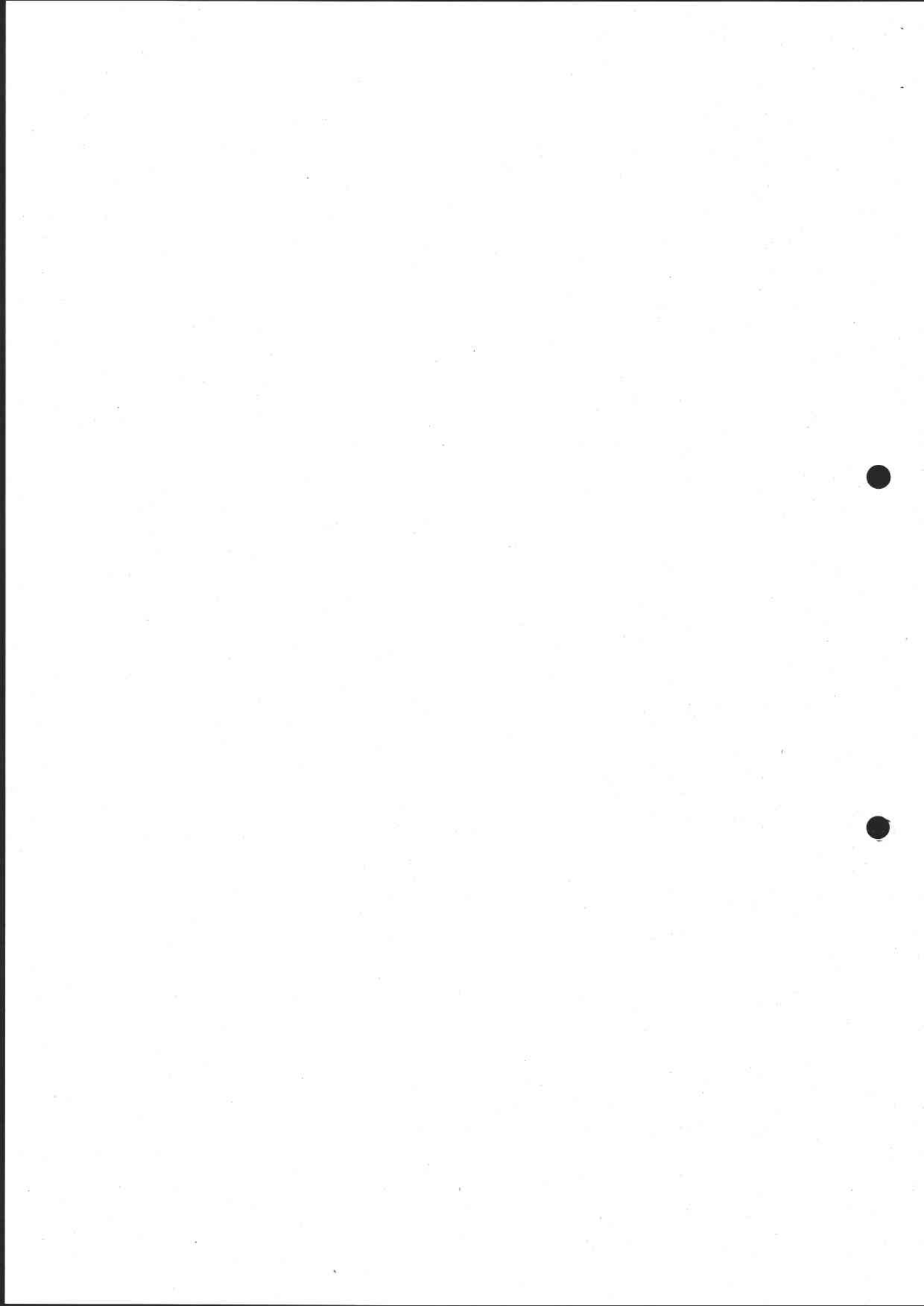
Der Ansatz des Gender Mainstreaming, zu dem sich der LVR bekannt hat, wird nun auf den NKF-Haushalt übertragen.

Unterschriften:

Ulrike Kessing
Ulrike Kessing

Klaus Brausch
Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler
Hans-Otto Runkler





Eing 08. März 2007
-06- R

Vorw. zur LD, ECR
Fraktion
Van Loven

Antrag-Nr. 12/202

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

07.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Landschaftsausschuss 23.03.2007 Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt:
Politisches Controlling aufbauen

Beschlussvorschlag:

Um die Steuerungsfähigkeit der Politik und die Information über den Bearbeitungsstand aller Beschlüsse, die auf Initiative der Politik oder der Verwaltung gefasst wurden, zu verbessern, wird die Verwaltung beauftragt, umgehend ein kurzes und effektives Berichtswesen einzuführen, das die kontinuierliche Unterrichtung der jeweilig betroffenen Ausschüsse sicherstellt.

Begründung:

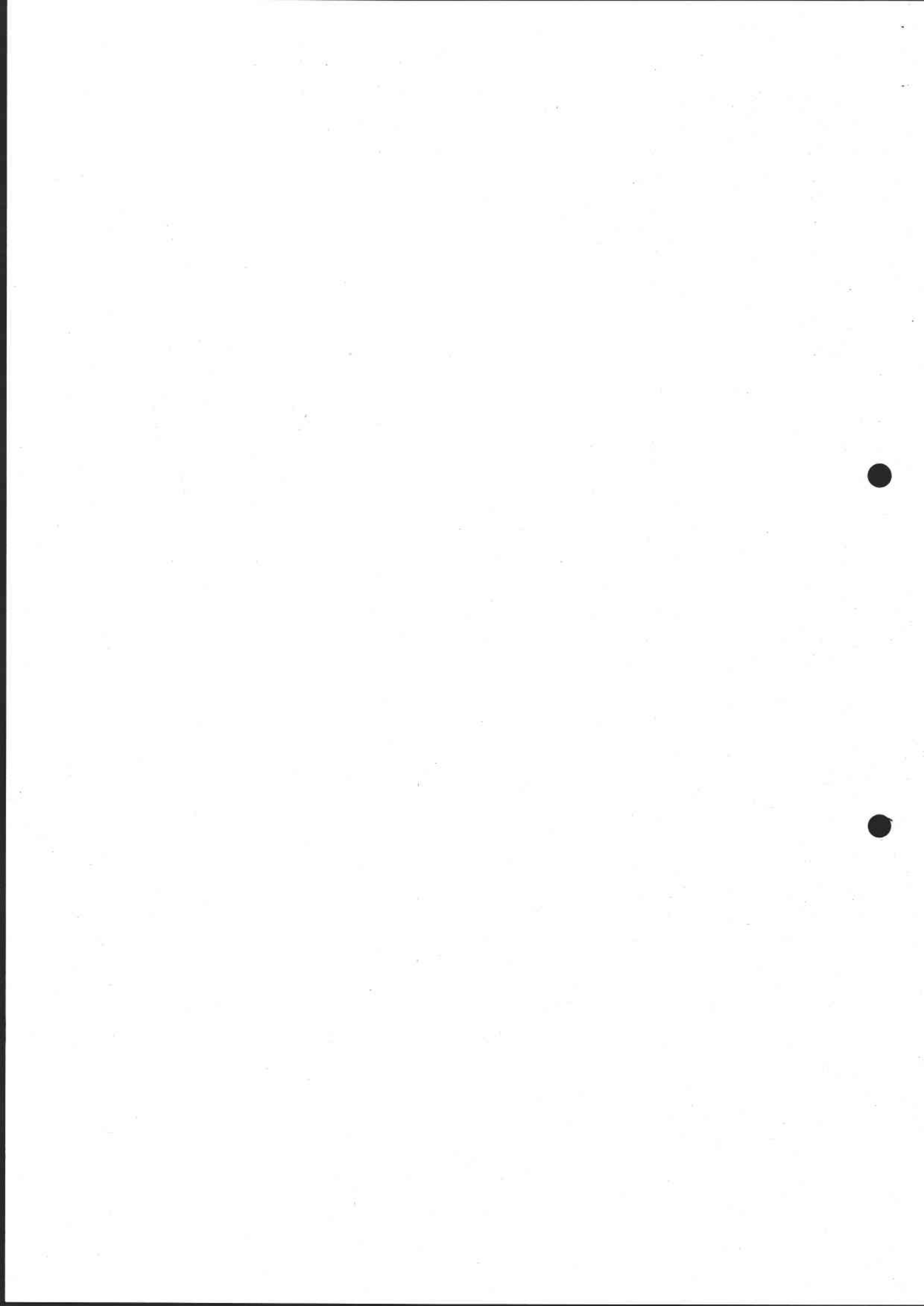
Hiermit wird ein bereits im Eckpunkte-Beschluss 2006 formuliertes Ziel umgesetzt, das erst teilweise realisiert wurde.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler





Eing. 08 März 2007
- 06 -

Antrag-Nr. 12/204

öffentlich

Vonab der LD, ELL, LA4

Datum: 07.03.2007
Antragsteller: SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Landesjugendhilfeausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Öffentlichkeitsarbeit des Landesjugendamtes - Dienstleistungen für Kindertageseinrichtungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie die Arbeitsfelder und Dienstleistungen des Landesjugendamtes (Beraten, Fördern, Unterstützen o. ä.) für die Kindertagesstätten im Rheinland verständlich und öffentlichkeitswirksam dargestellt werden können.
Es ist von einem Ressourcenbedarf von 40.000 Euro auszugehen.

Begründung:

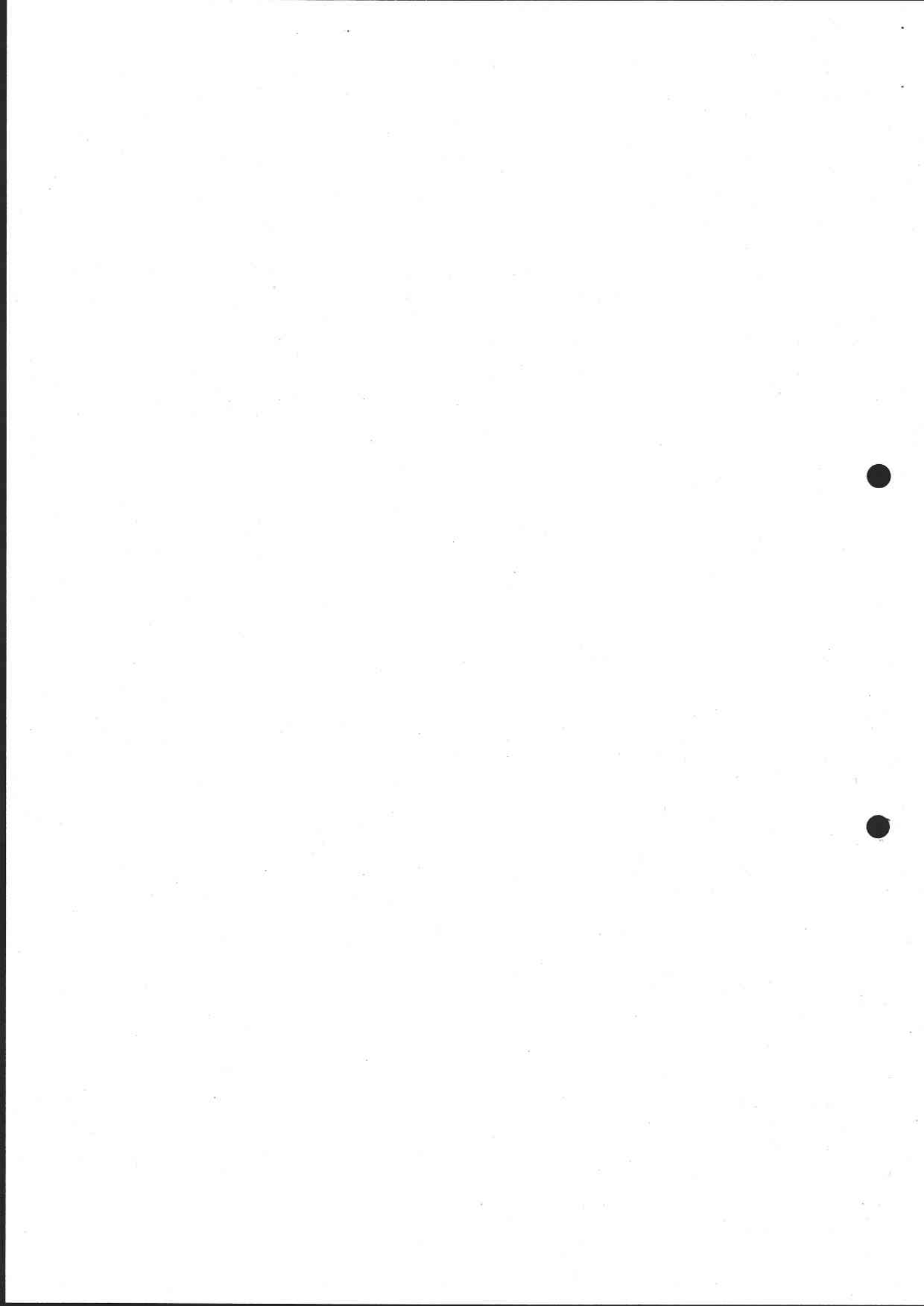
Erfolgt mündlich.

Unterschriften:

Klaus Brausch

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler



FDP

Die Liberalen

SPD

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Eing. 08. März 2007
- 06 -

Wahl an LS, ER

Antrag-Nr. 12/205

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

Fraktion
von Wiers

07.03.2007
FDP, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt 2007:
Bildung von Kennzahlen in der Produktgruppe 55**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Kennzahlen im Haushalt abzubilden:

Teilprodukt 055.01 - Sonstige fremdgenutzte Dienstleistungen - Bildung einer Kennzahl zum Auslastungsgrad, Klarstellung bzw. Erläuterung der Kennzahl zum Kostendeckungsgrad

Produkt 057 - Berufskolleg des LVR - Bildung einer Kennzahl zum Auslastungsgrad sowie zu den Kosten pro Studierender/Studierendem

Begründung:

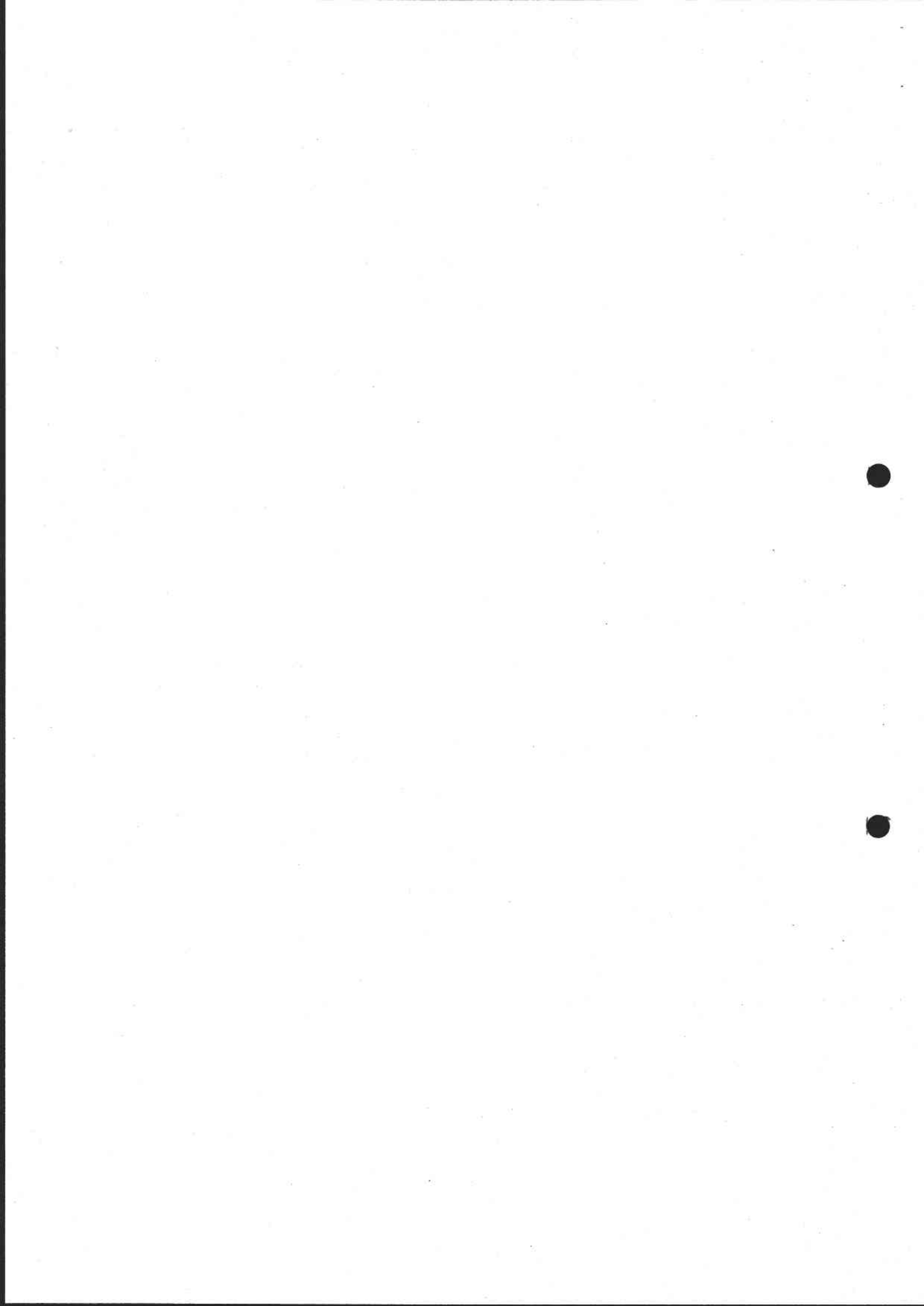
Erfolgt mündlich.

Unterschriften:

Hans-Otto Runkler

Klaus Brausch

Ulrike Kessing





FDP

Die Liberalen

28

Eing 12. März 2007
-06- R

Antrag-Nr. 12/206

öffentlich

Vors der LD, ELN, LR in 3, LR4

Datum: Frechmann 08.03.2007
Antragsteller: Urs L Vers Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Landesjugendhilfeausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	19.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007 und Stellenplan: Interkulturelle Kompetenz stärken - Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund integrieren

Beschlussvorschlag:

Der LVR leistet auch mit dem Haushalt 2007 einen aktiven Beitrag zur Integration junger Migrantinnen und Migranten. Dies geschieht u. a. durch folgende Maßnahmen:

Produkt 050.02 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung

Hilfe zur Erziehung soll, sofern ein Bedarf besteht, Kindern und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland gewährt werden, unabhängig von ihrer Herkunft oder Staatsangehörigkeit. Um die interkulturelle Kompetenz der öffentlichen und freien Träger in diesem Hilfeangebot zu stärken, werden im Haushaltsjahr 2007 verstärkt Fortbildungen angeboten. Hierbei ist von einem Ressourcenbedarf von 25.000 € auszugehen.

Produkt 052.02 Förderung in den Bereichen Jugendarbeit/Jugendschutz/ Jugendsozialarbeit/ Freiwilliges Ökologisches Jahr/Kooperation Jugendhilfe-Schule

Der LVR richtet zehn zusätzliche Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ein. Sie sollen insbesondere die Ausbildungschancen von Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund erhöhen.

Eine durch Bundesmittel refinanzierte halbe Stelle für die Betreuung des FÖJ, insbesondere dieser zehn zusätzlichen Plätze, ist beizubehalten und zu besetzen (Streichung somit nur einer halben statt einer Stelle gegenüber dem Stellenplanentwurf).

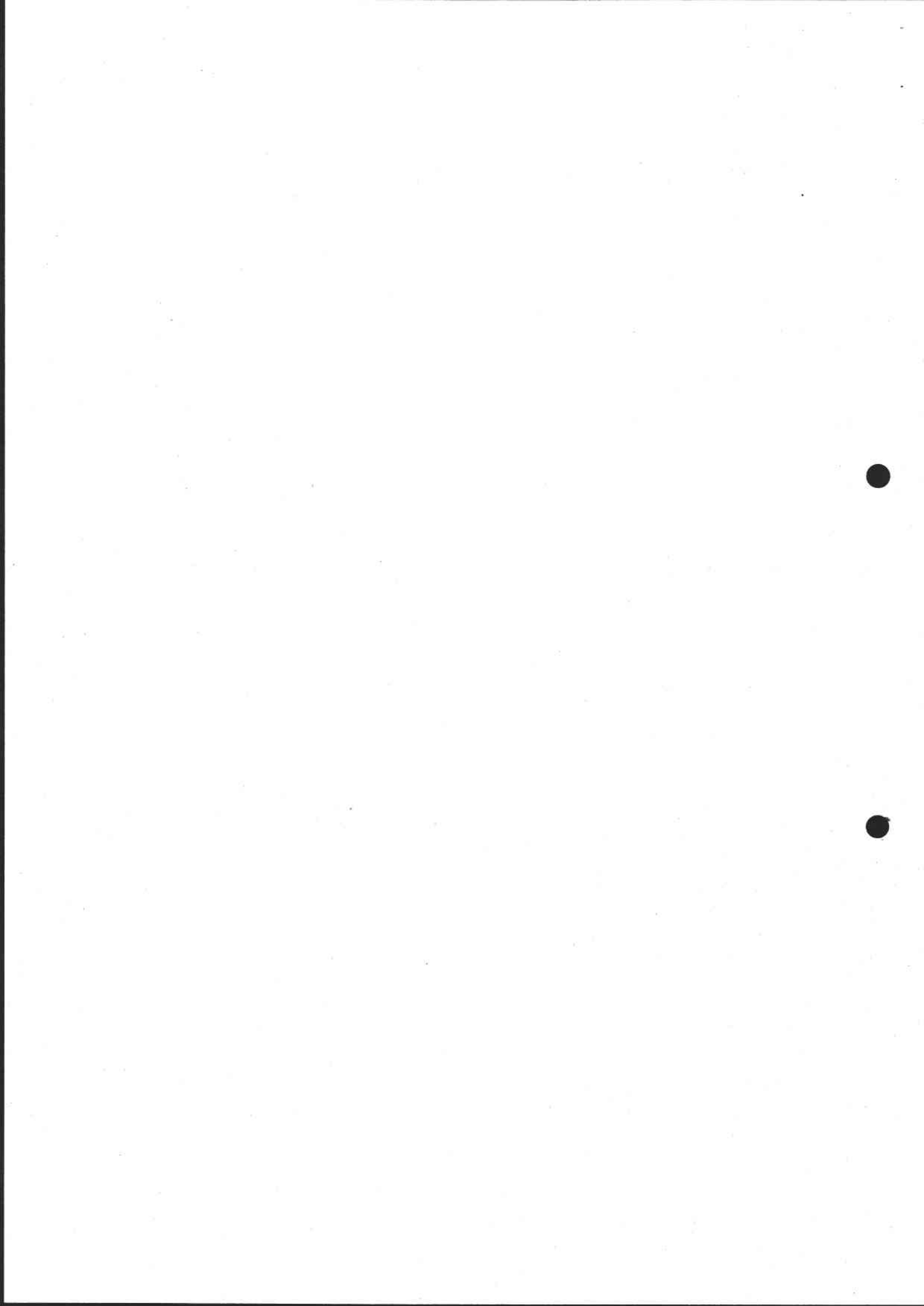
Begründung: mündlich

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler



Eing. 12. März 2007
- 06 - R

Antrag-Nr. 12/207

öffentlich

Von uns an CD, Enk, La in 3

Datum: 08.03.2007
Antragsteller: FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	19.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

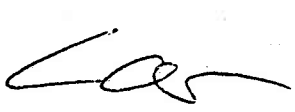
NKF-Haushalt 2007 und Stellenplan: Verantwortung für junge Menschen wahrnehmen - Ausbildung und Qualifizierung fördern und verstetigen

Beschlussvorschlag:

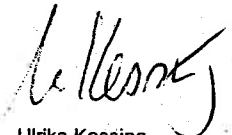
1. Produktziel 071.01: Der Landschaftsverband Rheinland mit seinen gesamten Dienststellen und Einrichtungen stellt sich dauerhaft der Verantwortung, einen Beitrag zur Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen zu leisten. Wie in den vergangenen Jahren wird er weiterhin über den eigenen Bedarf hinaus junge Menschen in zukunftsfähigen Berufen ausbilden. Eine Übernahmegarantie kann damit nicht verbunden werden.
2. Als weiteres Produktziel ist eine Ausbildungsquote von sieben Prozent für den LVR mit seinen gesamten Dienststellen und Einrichtungen (gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten) festzulegen und über eine Kennzahl im Haushalt darzustellen.
3. Darüber hinaus ist eine Qualifizierungsquote von drei Prozent für sonstige Ausbildungs- und Qualifizierungsanstrengungen (Volontariate, Praktika, freiwillige Jahre, Erzieheranwartschaften, Trainees) als Produktziel festzulegen und über eine Kennzahl im Haushalt darzustellen.
4. Bei den wissenschaftlichen Volontariaten sind ca. fünf weitere Stellen bedarfsgerecht zu besetzen (z. B. Netzwerk Umwelt und Zertifizierung, Inventarisierung und Werkstatt Rh. Landesmuseum, Anreizprogramm Betreutes Wohnen, neue Aufgaben Landesjugendamt).
5. Der Ressourcenbedarf ist durch die Verwaltung zu ermitteln. Eine Anrechnung auf Personalkostenbudgets bzw. Dezernatsbudgets erfolgt, wie bei den entsprechenden Beschlüssen zum Haushalt 2006, nicht.
6. Das Interesse der KGSt an einem gemeinsamen Traineeprogramm, bei Bedarf auch in Kooperation mit LWL oder Mitglieds Körperschaften, ist aufzugreifen und ggf. im Haushalt 2008 zu berücksichtigen, einschließlich der Refinanzierungsmöglichkeiten.

Begründung: Erfolgt mündlich.

Unterschriften:



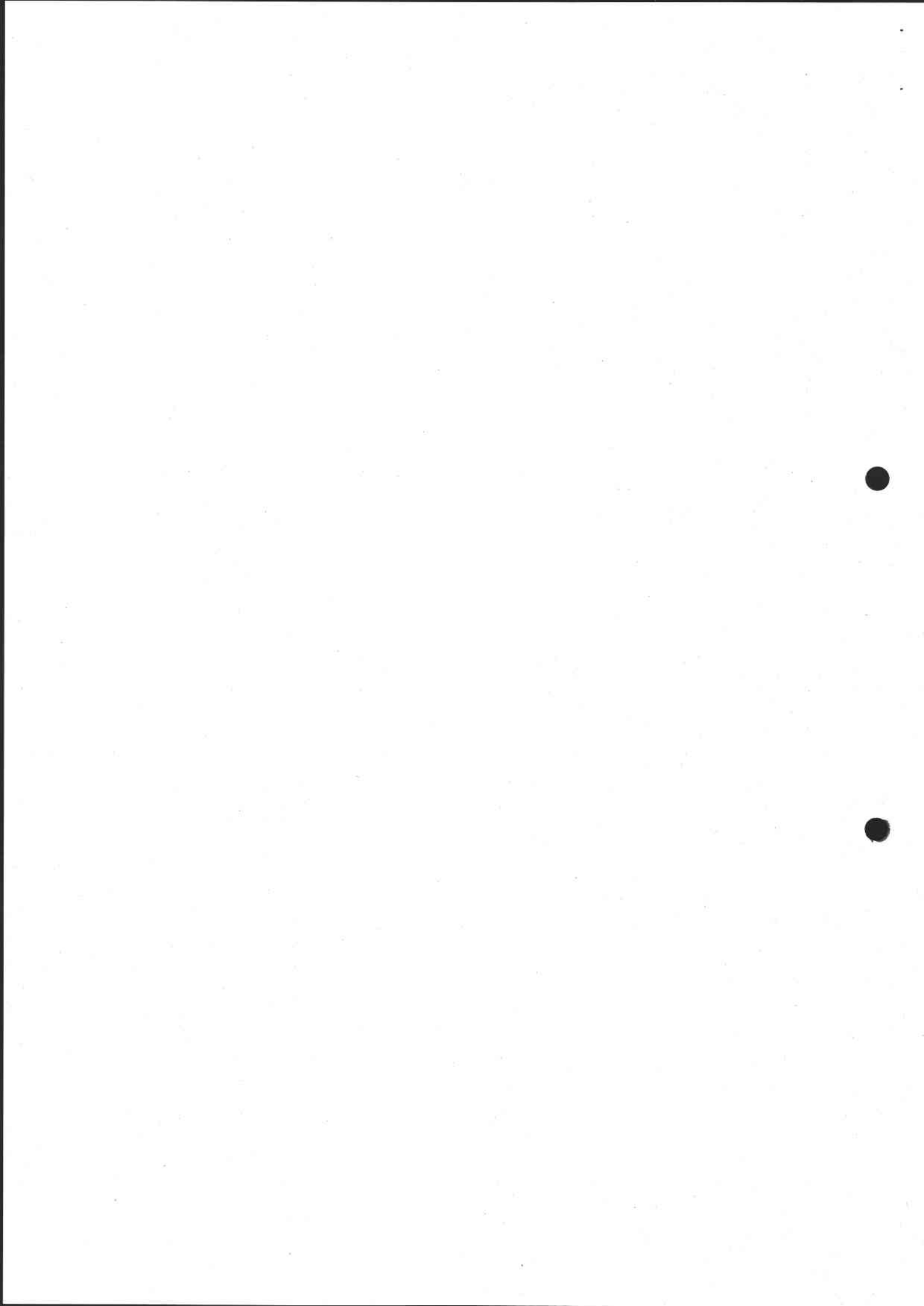
Hans-Otto Runkler



Ulrike Kessing



Klaus Brausch



FDP

Die Liberalen

Eing 12. März 2007

- 06 -

Vorbereitung, ECR

Friedrich

Van Uffers

SPD**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN****Antrag-Nr. 12/208****öffentlich**

Datum:

08.03.2007

Antragsteller:

FDP, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

**Finanz- und
Wirtschaftsausschuss
Landschaftsausschuss**

15.03.2007 empfehlender Beschluss

23.03.2007 Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:**Leistungen und Profil des LVR in Öffentlichkeit und Medien gut und verlässlich darstellen**

Beschlussvorschlag:

1. Für die Produktgruppe 047 sind Ziele und Kennzahlen zu definieren.
2. Für den Tag der Begegnung ist ein eigenes Produkt 047.02 - Tag der Begegnung und verbundene ganzjährige Aktivitäten - zu bilden. Der Ressourcenbedarf ist, unter Berücksichtigung von Refinanzierungsmöglichkeiten, durch die Verwaltung zu ermitteln und ohne Kürzung der Ressourcen für Produkt 047.01 darzustellen.
3. Im Produkt 047.01 ist ein Teilprodukt Initiativfonds Öffentlichkeit für besondere Maßnahmen aufgrund politischer und aktueller Erfordernisse zu bilden. Es ist von einem zusätzlichen Ressourcenbedarf von 300.000 Euro per annum auszugehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

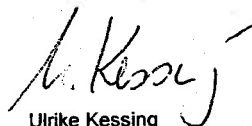
Unterschriften:



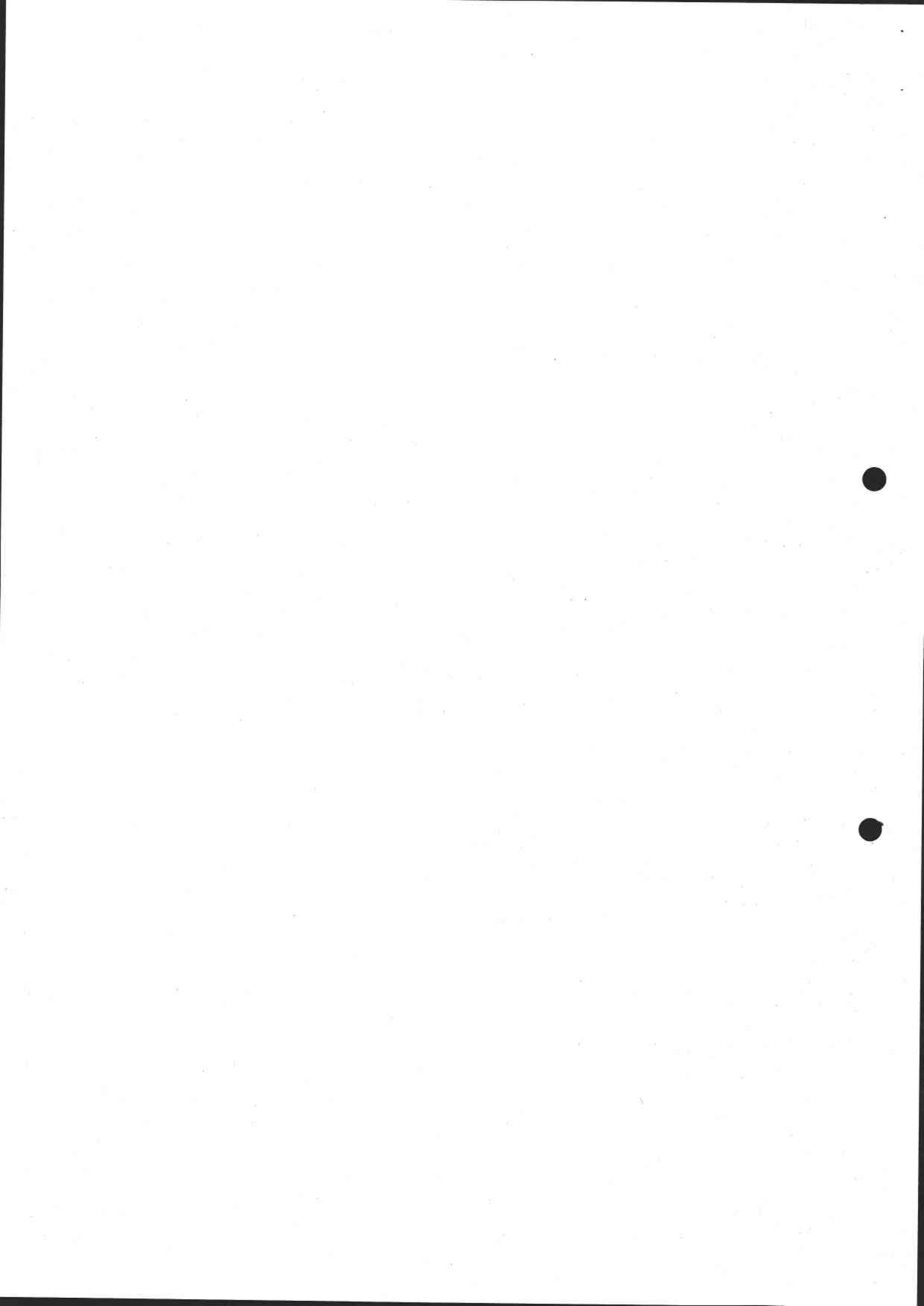
Hans-Otto Runkler



Klaus Brausch



Ulrike Kessing





CDU FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Eing 12. März 2007
- 06 -
Vors CD, ELR
Fraktionen
Vors LA

Antrag-Nr. 12/209

öffentlich

Datum: 12.03.2007
Antragsteller: CDU

Bauausschuss	13.03.2007	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt
CO2-Reduzierung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, aufgrund der gerade aktuell vereinbarten Ergebnisse des EU-Gipfels bezogen auf die Reduzierung des CO₂-Ausstosses die zu erwartenden neuen Rahmenbedingungen bei Planungen von zukünftigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen im gesamten LVR anzuwenden.

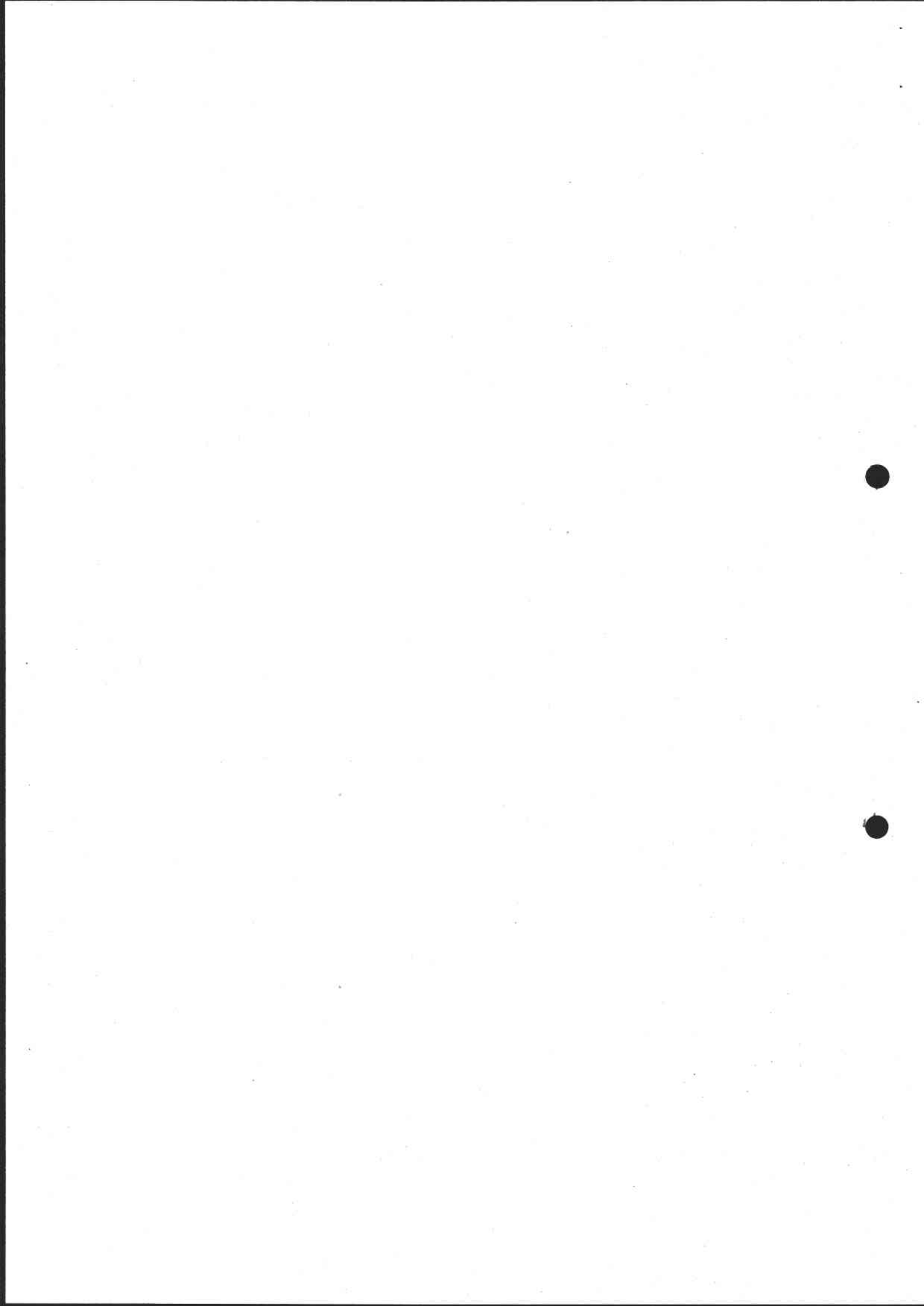
Z. Zt. anstehende und zukünftige Bau- und Sanierungsprojekte sind schon jetzt unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Verringerung des CO₂-Ausstosses zu behandeln.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, sich an den o.g. Vorgaben zu orientieren, ob bei Neubaumaßnahmen der Standard der Passivhausbauweise zur Anwendung kommen kann.

Begründung:

erfolgt ggfls. mündlich.

Unterschrift:
Frank Boss



Eing. 19. März 2007
- 06 -

Vorab an LG, ECR
Fraktionen
Van Liers



CDU FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND

Antrag-Nr. 12/212

öffentlich

Datum: 15.03.2007
Antragsteller: CDU

Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	19.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**NKF-Haushalt und Wirtschaftspläne
Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Beschaffungswesens beim LVR**

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen des Zentralen Einkaufs werden beim LVR gegenwärtig rund 15 % der entsprechenden Umsätze im Bereich der Waren und Dienstleistungen gemäß VOL über Rahmenverträge beschafft.

Die Verwaltung wird beauftragt, in allen Warengruppen weitere Synergie- und Bündelungseffekte zu nutzen mit dem Ziel, die durch Rahmenverträge und Sammelausschreibungen berücksichtigten Umsätze jährlich um 10 % zu steigern bis zum Erreichen eines optimalen Bündelungsgrades.

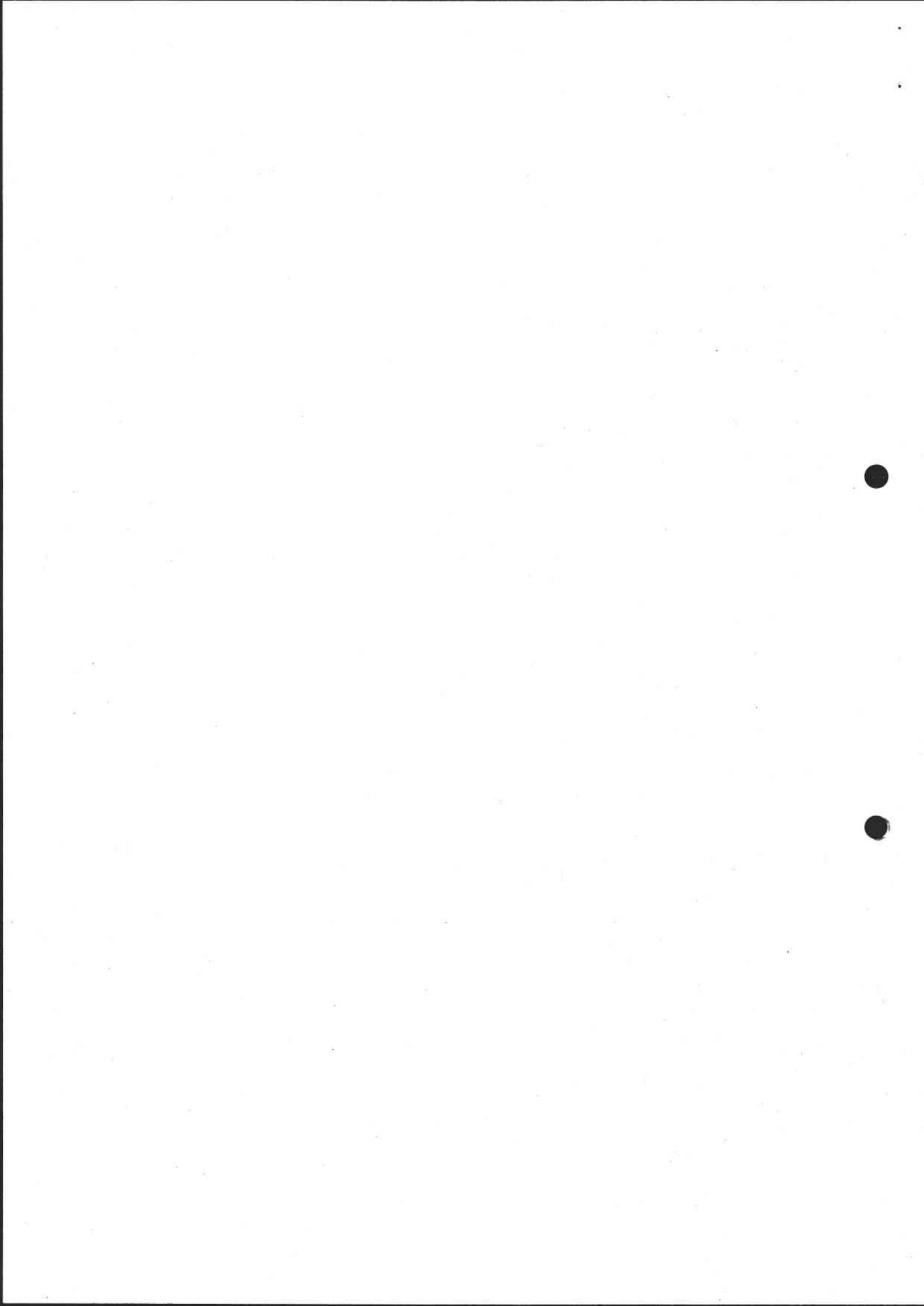
Die Einhaltung der Zielvorgabe wird durch ein Beschaffungscontrolling sichergestellt, und dem Personalausschuss wird jährlich darüber berichtet.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der schwierigen Situation der kommunalen Haushalte sind alle möglichen Einsparpotenziale zu realisieren. Diese Optimierung bietet ohne Standardverschlechterungen insbesondere im Einkaufsbereich entsprechende Möglichkeiten.

Unterschrift:

Frank Boss





FDP

Die Liberalen

Eing 05. März 2007
-06- R

Vorab an LD, ELL
Fraktion
Van Liers

Antrag-Nr. 12/180

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

05.03.2007
SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	15.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	23.03.2007	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	27.03.2007	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Haushaltssatzung/Umlagesatz

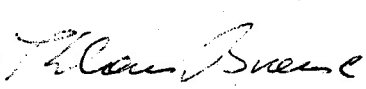
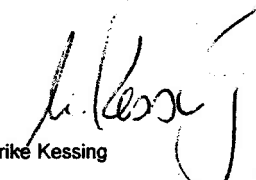

Beschlussvorschlag:

Der Umlagesatz der Landschaftsumlage wird für das Haushaltsjahr 2007 auf 16,5 v.H. festgesetzt.

Begründung:

Der Umlagesatz wird um 0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gesenkt mit einer Entlastungswirkung für die Mitgliedskörperschaften von ca. 67 Mio. Euro im Vergleich zum Hebesatz 2006.

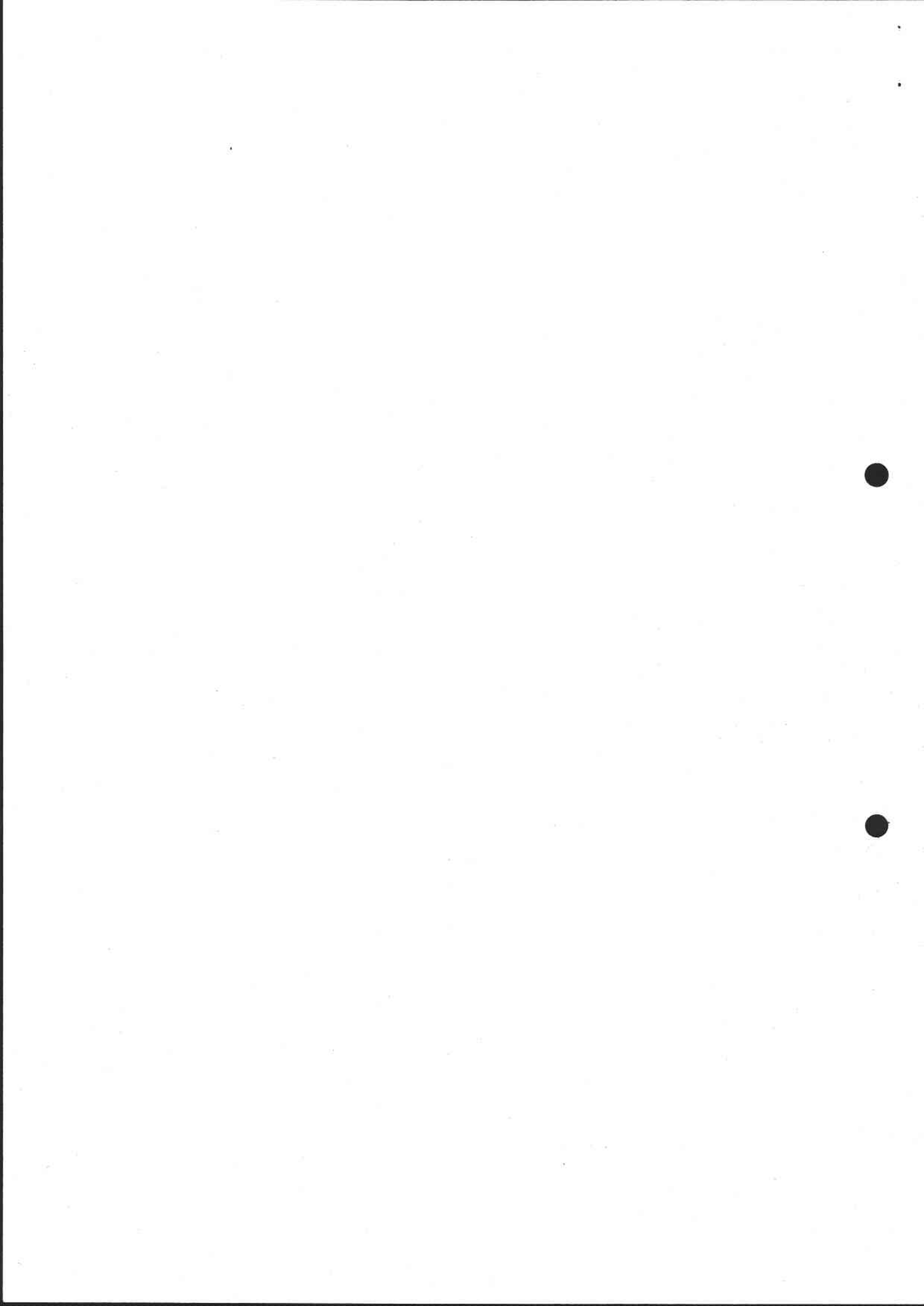
Unterschriften:

Klaus Brausch

Ulrike Kessing

Hans-Otto Runkler





FDP

Die Liberalen

Eing. 20. März 2007
-06- A

Vorab am 10. März
Fraktionen
Vors. L. Voss

Antrag-Nr. 12/214

öffentlich

Datum:
Antragsteller:

19.03.2007
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP

Landschaftsausschuss 23.03.2007 Beschluss

Tagesordnungspunkt:

NKF-Haushalt 2007:
Ressourcensteuerung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung stellt den Ressourcenbedarf, der für die beschlossenen Antragsinitiativen zu veranschlagen ist, im Rahmen der Ressourcensteuerung des Gesamthaushaltes dar unter Einhaltung des Umlagesatzes von 16,5 Prozentpunkten. Dabei sind die Vorgaben in den einzelnen Anträgen zu berücksichtigen.

Die Verwaltung legt der politischen Vertretung in den jeweiligen Fachausschüssen regelmäßig, spätestens alle drei Monate, einen Bericht über die Umsetzung der Antragsinitiativen sowie der angewendeten Ressourcen vor.

Begründung:

Im Rahmen der Steuerung des Gesamthaushaltes mit einem Volumen von 2,65 Milliarden Euro sollen die erforderlichen Ressourcenströme für die beschlossenen Antragsinitiativen zeitnah der politischen Vertretung dargestellt und über die Umsetzung der Vorhaben berichtet werden.

Unterschriften:

Ulrike Kessing

Klaus Brausch

Hans-Otto Runkler

